

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 A.

### Von den Verhandlungen.

Der Verlauf der in Berlin geführten zentralen Verhandlungen mit den Unternehmern läßt sich mit einem Satz kennzeichnen: an der Sachlage hat sich nichts geändert. Die Unternehmer halten an ihren Bergewaltigungsanträgen fest und die einzige Aenderung in ihrer Haltung ist, daß sie vom Diktieren zum Schächern übergegangen sind. Früher glaubten sie, uns ihre Anträge aufzwingen zu können, jetzt versuchen sie, nach der nicht eben neuen Methode des Schächers ihr Ziel zu erreichen. Selbstverständlich haben sich die Arbeitervertreter darauf nicht eingelassen, und darum ist auch nach den Verhandlungen noch alles so, wie es vorher war.

Die Verhandlungen begannen am Mittwoch mittag und dauerten bis Donnerstag abend. Die Teilnehmer waren die gleichen wie bei den früheren Sitzungen; von den Unternehmern war diesmal auch Herr Daurat persönlich zugegen, von unsern Vertretern fehlten die Kollegen Kober und Hittmann, denen ihr Gesundheitszustand die Teilnahme nicht gestattete. Ueber den Gang der Dinge sei das Wichtigste mitgeteilt. Zur Vertragsform fordert der Unternehmerbund bekanntlich alle Verträge zentral abzuschließen, so daß also nicht die örtlichen Organisationen, sondern die durch ihre Zentralvorstände vertretenen Gesamtverbände Träger des Vertragsverhältnisses wären. Die Gewerkschaften widerstreben dem, weil es ein Non-sens ist, die örtlichen Organisationen, deren die Durchführung des Vertrages obliegt, als Vertragsträger auszuscheiden. Die Unternehmer gaben ihre Forderung auch in diesen Verhandlungen nicht auf, jedoch ließen sie durch ihren Vorkämpfer Heuer erklären, daß sie von pekuniären Schadenersatzansprüchen vor den ordentlichen Gerichten absehen wollten. Mit dieser Erklärung sind zwar einige Bedenken beseitigt, aber gleichwohl können die Gewerkschaften der zentralen Vertragsform ihre Zustimmung nicht geben. Wir wünschen einen solchen Zustand nicht, bei dem die örtlichen Vereine ausgeschaltet würden; wir wollen diesen den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten wissen. Abgesehen davon haben die Gewerkschaftsvorstände gar keinen Auftrag zum Abschluß zentraler Verträge, und sie könnten sich ihn auch nicht erteilen lassen. In dem § 2 des Vertragsmusters will der Unternehmerbund eine Bestimmung aufgenommen wissen, wonach der Unternehmer berechtigt wäre, durch Besorgung von Licht eine kürzere Arbeitszeit auf die normale Dauer zu verlängern, ohne an die Zustimmung der Arbeiter gebunden zu sein und ohne den festgesetzten Zuschlag für Ueberstunden zahlen zu müssen. Dies wollen die Arbeiter der örtlichen Regelung überlassen; die Unternehmer gingen von ihrer Forderung nicht ab. Außerdem soll in diesem Paragraphen ausgesprochen werden, daß die festgesetzte Arbeitszeit auch von Affordarbeitern innezuhalten ist. Auch dem widersprechen wir selbstverständlich, warum, werden wir noch darlegen.

Bei der Durchberatung der Lohnparagraphen (§ 4) erklärten sich die Unternehmer bereit, die Worte: „gelernten, tüchtigen“ fallen zu lassen, wenn die Arbeiter den Affordparagraphen in der Fassung der Unternehmer annehmen. Zu den „Durchschnitts- und Staffellohnen“ erklärten die Unternehmer, daß diese nur dort festgesetzt werden sollten, wo sie bisher bestanden, wo man heute den Einheitslohn hat, solle er bestehen bleiben. Eine andere vielumstrittene Bestimmung in dem Entwurf der Unternehmer betrifft die Tiefbau-(Erd-)Arbeiter. Die Unternehmer fordern hier bekanntlich, die Löhne dieser Arbeiter durch „freie Vereinbarung“ festsetzen zu lassen. „Grund-sätzlich“ — so heißt es dann noch, wörtlich in ihrem Ent-

wurf — „sollen die Löhne im Tiefbaugewerbe nicht höher sein als im Hochbaugewerbe; wo sie höher sind, werden sie herabgesetzt.“ Diese geradezu ungeheuerliche Zumutung wagten die Unternehmer aufrecht zu erhalten. Man muß sich darüber klar sein: was sie bedeutet: es soll vertraglich festgelegt werden, daß der Lohn im Tiefbaugewerbe nicht vertraglich geregelt, sondern der Willkür der Unternehmer überlassen bleiben soll. Nur in einer Hinsicht bedeutet die Bestimmung eine „Regelung“, nämlich darin, daß die Löhne im Tiefbaugewerbe nicht höher als im Hochbaugewerbe sein dürfen! Ein Vertrag gegen vertragliche Abmachungen! Für die Geistesverfassung unserer Unternehmer ist es überaus bezeichnend, daß sie einen solchen Antrag nicht allein stellen, sondern auch aufrechterhalten können. Allerdings — die Unternehmer wollen ihn nicht aufrecht-erhalten, wenn die Arbeiter den Arbeitsnachweis anerkennen! Dazu braucht man wohl weiter nichts zu sagen.

Die Forderung hinsichtlich der Affordarbeit gehört zu denen, womit die Unternehmer stehen und fallen. Sie fordert, wie wir hier noch einmal wiederholen, folgenden § 5:

Affordarbeit ist zulässig. Die vertragsschließenden Parteien haben sich jeder hindernden Einschränkung sowohl auf Arbeitgeber als auch auf Arbeitnehmer zu enthalten.

Die Affordarbeitspreise werden jeweils von Fall zu Fall in freier Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt, soweit selbe nicht etwa in diesem Vertrage normiert sind. Die vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich ausdrücklich, vor und bei Vereinbarung der Affordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.

Die tarifliche Arbeitszeit darf bei der Affordarbeit nicht verkürzt werden.

Der letzte Absatz würde fortfallen, da die Unternehmer die Aufnahme einer sinnesgleichen Bestimmung in den § 2 beantragten. Auch hier ließen sich die Unternehmer nicht von dem Widerstreben ihrer Forderung überzeugen, obwohl er ziemlich leicht zu entdecken ist. Durch diesen Paragraphen können die Unternehmer den ganzen Vertrag wirkungslos machen. Sie brauchen nur zu dekretieren, künftig müsse alle Arbeit in Afford verrichtet werden. Die Gewerkschaften könnten nichts dagegen tun, denn sie hätten sich ja, jeder hindern den Einflußnahme zu enthalten.“ Die Löhne aber unterliegen der berühmten „freien Vereinbarung“, die Organisationen können nichts darin tun, ja sie sollen sich sogar ausdrücklich verpflichten, „vor und bei Vereinbarung der Affordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben“. So hätte man also mit diesem Paragraphen nichts „geregelt“, sondern der Willkür der Anarchie im Gewerbe Tür und Tor geöffnet. Wenn die Unternehmer so bemüht sind, die Affordarbeitslöhne vor der Beeinflussung durch die Organisation zu bewahren, so ist aber auch nicht einzusehen, warum man dann die Arbeitszeit der Affordarbeiter vertraglich festlegen will. Dann beachte man auch, wie man die Arbeitszeit nur nach unten zu binden befreit ist; gegen die mörderische Ausdehnung der Affordarbeit über die normale Arbeitszeit hinaus hat der Unternehmerbund nichts einzunehmen. Selbstverständlich konnte es bei solcher Auffassung keine Verständigung geben.

Gegenüber den Anträgen der Arbeiter auf Ausbau der bisher so ungenügenden Schlichtungskommissionen zeigten die Unternehmer einiges Entgegenkommen, indem sie eine Einschaltung kongebirten, daß die Streitfälle innerhalb sechs Tagen behandelt werden müssen; als Frist, innerhalb derer sich die Kommissionen konstituieren müssen, schlagen die Unternehmer sechs Wochen vor. Das sind natürlich auch noch allzu lange Zeiträume,

aber es sei anerkannt, daß die Unternehmer hier wenigstens etwas Entgegenkommen zeigten. Weit reicht es allerdings nicht, denn ihre Forderung, daß der Kommissionsvorsitzende stets ein Unternehmer sein müsse, ließen sie nicht fallen.

Die Agitationsklausel sollte für die Unternehmer das Kleingeld sein, mit dem sie sich größere Stücke einzuwechseln hofften. Sie wollten sie fallen lassen, wenn die Arbeiter in den andern Fällen nachgäben, und zwar waren sie bereit, das Verbot der Agitation auf die Arbeitszeit zu beschränken, so wie es in dem jetzt geltenden Vertragsmuster steht. Bei den Verhandlungen, zeigte sich, daß sich hinter dem von den Unternehmern beantragten Satz: „Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist Sache der Arbeitgeber“ wenig harmlose Absichten verbergen. Die alte Fassung, wonach Einstellung und Entlassung „im freien Ermessen des Arbeitgebers“ standen, mögen die Unternehmer nicht mehr leiden, seitdem es ein Schiedspruch auf Grund dieses Wortlauts für unzulässig erklärt hat, daß die Unternehmerorganisation ihre Mitglieder zwingt, bestimmte Grundsätze bei der Einstellung und Entlassung zu beobachten. Die Einstellung soll nicht mehr im freien Ermessen des einzelnen „Arbeitgebers“ stehen, sondern sie ist eine „Sache der Arbeitgeber“, nämlich eine Sache der „Arbeitgeberorganisation“. Bei der von den Unternehmern beantragten Vertragsbestimmung können diese lustig darauflos mahregeln, schwarze Listen herausgeben und über die Einstellung und Entlassung beschließen, was sie mögen, ohne daß man auf Grund des Vertrages etwas dagegen tun könnte; denn der Vertrag erklärt es ja ausdrücklich zu einer „Sache der Arbeitgeber“. Das ist natürlich Grund genug, um solchen Anträgen die Zustimmung zu verweigern.

Zu diesem Paragraphen gehört auch der Antrag der Unternehmer auf Anerkennung ihrer Arbeitsnachweise, dessen Wortlaut hier nochmals mitgeteilt sei:

Die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sind anzuerkennen und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen. Die Handhabung der Arbeitsnachweise erfolgt auf Grund der von den Arbeitgeberverbänden hierfür festgesetzten Geschäftsordnungen. Die Kosten der Arbeitsnachweise tragen die Arbeitgeber.

Selbstverständlich gaben die Unternehmer diese Forderung nicht auf. Aber sie boten ein Kompensationsobjekt: Wenn die Arbeiter den Arbeitsnachweis akzeptierten, seien die Unternehmer bereit, auf die beantragten Bestimmungen über die Tiefbauarbeiter zu verzichten. Die Arbeitervertreter lehnten diesen Kuhhandel möglichst höflich aber mit genügender Entschiedenheit ab. Merkwürdigerweise sagte Herr Heuer nachher, die Dreizehnerkommission sei von der ablehnenden Haltung der Arbeitervertreter enttäuscht worden. Was müssen sich die Herren für Illusionen gemacht haben!

Zu diesem Paragraphen haben die Arbeitervertreter noch einen Antrag gestellt, der das Uebergreifen von Konflikten auf andere Orte verhindern soll, indem er den Unternehmern verbietet, Arbeiter, die aus Streiforten zugereist kommen, generell von der Einstellung auszuschließen, wie sie es heute mit den schwarzen Listen tun. Außerdem soll der Unternehmerorganisation unterjagt werden, solchen Firmen ihren Schutz angeheißt zu lassen, die wegen Nichtanerkennung des Vertrages von den Gewerkschaften gesperrt werden müßten. Damit soll auch verhindert werden, daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer nach solchen wegen Nichtanerkennung des Vertrages bekämpften Geschäften Arbeitskräfte vermitteln.

Ueber die Vertragsdauer scheinen sich die Ansichten der Unternehmer gewandelt zu haben. Sie erklärten sich bereit, einer dreijährigen Vertragsdauer zuzustimmen. So erfreulich dies ist, so belanglos ist es für die augenblickliche Lage, wo es sich nicht so sehr um die Dauer als um den Inhalt des Vertrages handelt. Fassen wir danach das Ergebnis der Verhandlung noch einmal zusammen, so ergeben sich folgende Differenzpunkte:

Die Unternehmer fordern zentralen Charakter des Vertrages, die Arbeiter lehnen ihn ab.

Die Unternehmer fordern zuschlaglose Ueberstunden, wenn diese bei kürzerer Arbeitszeit geleistet werden und die zehnstündige Arbeitszeit nicht überschreiten; die Arbeiter wollen dies der örtlichen Regelung überlassen.

Die Arbeiter fordern im § 3 die Streichung der Worte „im wesentlichen“, die Unternehmer widersprechen der Streichung.

Die Arbeiter wollen alle an gesetzlichen Feiertagen geleistete Arbeit als Sonntagsarbeit behandelt wissen, während die Unternehmer das ablehnen.

Die Unternehmer fordern freie Wahl zwischen Einheits-, Durchschnitts- und Staffellöhnen, die Arbeiter wollen die bisherige Fassung mit einer nebengerlaufenden Vereinbarung, daß die heute noch bestehenden Durchschnitts- und Staffellöhne allmählich in Mindestlöhne umgewandelt werden sollen.

Die Unternehmer wollen den Lohn für „geübte“ Bauhilfsarbeiter festsetzen, die Arbeiter wollen die bisherige Fassung.

Die Unternehmer wollen den Lohn der Erd- und Tiefbauarbeiter der freien Vereinbarung überlassen mit der Maßgabe, daß sie nicht höher sein dürfen als im Hochbau, die Arbeiter lehnen diese Forderung ab.

Die Unternehmer wollen freie Hand hinsichtlich der Akkordarbeit haben, wollen keine längere Arbeitszeit dabei dulden und den Organisationen jeden Einfluß auf die Löhne und die Akkordverträge entziehen. Die Arbeiter lehnen das ab.

Die Unternehmer wollen den Vorsitz in den Schlichtungskommissionen zu ihrem Privilegium machen, die Arbeiter fordern Parität.

Die Unternehmer fordern ein oberstes Schiedsgericht, die Arbeiter sind nicht prinzipiell dagegen, können aber die Vorherrschaft der Unternehmer nicht akzeptieren und wollen erst mehr Erfahrungen sammeln, ehe sie sich definitiv entschließen.

Die Unternehmer wollen den Arbeitern verbieten, in Streitfällen vor Gericht zu warnen, die Arbeiter lehnen das ab.

Die Arbeiter fordern die Streichung der sogenannten Befähigungsklausel. Die Unternehmer fordern Anerkennung ihrer Arbeitsnachweise, die Arbeiter lehnen dies ab.

Außerdem wünschen die Arbeiter, daß die Unternehmer den Beschluß ihrer Kölner Generalversammlung aufheben, der es ihnen verwehrt, einer Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden zuzustimmen. Die Unternehmervertreter haben erklärt, diesen Wunsch ihrer

nächsten Generalversammlung zu unterbreiten. Diese findet am 22. März in Dresden statt. Es ist vereinbart worden, daß die Unternehmer vor ihren dortigen Beschluß die wichtigste Mitteilung machen, damit auch die Arbeiter ihre Entscheidung treffen können. Zu diesem Zwecke ist angeregt worden — und die Unternehmervertreter haben versprochen, das auf ihrer Generalversammlung zu beschließen —, die am 31. März ablaufenden Verträge noch bis zum 15. April zu verlängern. Bis dahin muß die Entscheidung gefallen sein. Es erscheint uns wenig angebracht, in dieser Zeit Betrachtungen über die Bedeutung der Stellungnahme der Unternehmer anzustellen. Die Dinge sind im Fluß. Die Entscheidung muß bald fallen; sie liegt nicht bei uns, sie lag von vornherein bei den Unternehmern, von dem Augenblick an, wo sie ihre Abänderungsanträge bekannt gegeben hatten. Jetzt hängt alles davon ab, ob sie den Mut haben, diese Anträge zurückzuziehen. Sie haben sich den Rückweg arg verbaut, und darum glauben wir nicht, daß sie den einzigen Schritt tun werden, der dem Frieden eine kleine Spalte öffnen könnte. Wir können den Kollegen nichts anderes sagen als: „Bereitet Euch vor! — Rechnet ruhig und kühl mit dem Kampfe und trefft die Vorbereitungen dazu; denn Bereitheit ist jetzt alles.“

Der Landesvorstand der Bauarbeitgeber für das Herzogtum Braunschweig hat an seine Mitglieder in der Stadt ein Schreiben verfaßt, in dem es heißt:

„Da aller Voraussicht nach eine Einigung über das neue Tarifvertragsmuster infolge der unerfüllbaren Forderungen der Arbeitnehmer nicht zustande kommen wird, so dürfte ein Kampf im Baugewerbe im Frühjahr unvermeidlich sein. Wir erachten es für unsere Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, damit Sie diesen Umstand bei Ihren geschäftlichen Unternehmungen in Berücksichtigung ziehen können. Vor allem aber bitten wir Sie sowohl in Ihrem eigenen Interesse und zu Ihrer Sicherheit, als auch mit Rücksicht auf die Allgemeinheit und Ihrer satzungsgemäßen Verpflichtung, die Streiklausel in alle neu abzuschließende Verträge mit aufzunehmen. Ein Verzicht auf die Eintragung der Streiklausel in die Verträge würde nach Lage der Sache von den schwersten Folgen für den Unternehmer begleitet sein. Außerdem müßte der Verband in Falle der Nichtabgabe unserer Warnung eventuell jede Unterstützung ablehnen. Gleichzeitig empfehlen wir unsern Mitgliedern dringend, mit den Arbeitnehmern zu vereinbaren, daß bei Auslösung des Arbeitsverhältnisses eine gegenseitige Kündigung nicht stattfindet.“

Weiter werden die Unternehmer aufgefordert, bei Verteilung von Aufträgen die Verhandlungslosen zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, daß alle dem Bunde noch nicht angehörnden Baugewerbetreibenden und Bauverleihergeschäfte diesem beitreten. Aus dem obigen Schreiben wie aus dem ganzen Verhalten der Braunschweiger Unternehmer geht hervor, daß diese nicht den Frieden, sondern den Krieg wollen. Mögen unsere Kollegen im Braunschweiger Lande, wie überall, energisch rufen.

In Oldenburg i. Gr. erhielten die Vorsitzenden der Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von den Unternehmern am 5. März Einladungen zu einer Verhandlung im Gemarkungsmuseum. Bis jetzt wollten die Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mit dem Gesellenausfluß der Innungen festsetzen; diesen Standpunkt scheinen sie nun auf Grund des Beschlusses des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe geändert zu haben. Die Verhandlungen selbst führten zu keinem Ergebnis, weil die Organisationen der Arbeiter zur Lohnbewegung noch keine Stellung genommen hatten. Auch verlangten die Arbeitervertreter, daß entsprechend der zentralen Vereinbarung in Berlin, die Gauleiter der Organisationen an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes stellte eine zweite

Sitzung in der Woche vom 12. bis 18. März in Aussicht. — In der Antwort auf das Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes, in dem gefragt wurde, welche Stellung die einzelnen Unterverbände zu den Tarifverträgen einnahmen, hieß es unter Oldenburg: „Solange wir ihn irgend vermeiden können, wollen wir keinen Tarifvertrag.“ Man habe noch einen Stamm guter, nichtorganisirter Leute, die ihnen (den Unternehmern) bei verschiedenen Streiks erfolgreich Dienste geleistet hätten. Diese würden sie beim Abschluß eines Vertrages den Organisirten überlassen und sich selbst eine große Stütze bereauben. — Die Unternehmer wollen es also mit ihren Lieblichen nicht verderben. Sie zahlen ihnen auch 1/3 über den ortsüblichen Stundenlohn, womit sie befehlen, daß wohl allgemein bessere Löhne gezahlt werden können. Die Streikbrecher sind auch finanziell von den Unternehmern abhängig; doch wird auch dieses Verhältnis nicht ewig dauern.

Vor einigen Tagen brachte die Berliner „Morgenpost“ eine Nachricht, wonach der Unternehmerbund einen gemeinsamen Beschluß gefaßt hätte, die Arbeiter durch Rohabzüge zum Antritt zu zwingen. Dieser Bund hat es der Bund nicht für nötig gehalten, diese Nachricht zu dementieren; er mag wohl denken, daß die ihm da untergeschobene Absicht allzu dumm wäre; denn selbst den Fall, der Bund griffe zu diesem bezweifelten Mittel, so würde sich seine Position nicht im geringsten bessern, er würde noch ebenso der angefeindete Teil, wie er es heute durch seine Vergewaltigungsanträge ist. Insofern verdient jene Meldung wenig Glauben, aber das glauben wir sagen zu können, eine solche Plan hat der Bund der Bund er nicht. Wie er sich dazu gestellt hat, wissen wir nicht, wir wissen nur, daß den Bundesvorstände ein solcher Antrag vorgelegen hat. Jetzt hat sich der Reichsverband der Unternehmer mit einem Dementi an die Öffentlichkeit gewandt, in dem es heißt:

„Zur Abwehr!“

Zu unserm Bedauern sehen wir uns veranlaßt, gegen einen Artikel in Nr. 65 der „Zeiter Neuesten Nachrichten“, Verwahrung einlegen zu müssen. Wenngleich die Redaktion den Inhalt anzweifelt, so hat sie doch nach dem Vorbilde der linksstehenden Presse kein Bedenken geübt, die unwahren Behauptungen an die Öffentlichkeit zu bringen, weil doch immer etwas stehen bleibt, wenn es dann auch widerrufen werden muß. Unseres Erachtens wäre es weit eher Pflicht der bürgerlichen Presse, einen völlig unparteiischen Standpunkt einzunehmen, nicht dem Haß sondern dem Frieden das Wort zu reden und sich besser zu orientieren, ehe sie ihren Lesern solche Artikel aufstellt. Sie schreibt wörtlich: Von einem bevorstehenden Nietenkampfe im Baugewerbe weiß die Berliner „Morgenpost“ zu erzählen. Danach soll es der Arbeitgeberbund auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen. Durch Lohnreduktionen soll den Gewerkschaften die Eröffnung des Kampfes ausgeglichen werden.

Wir bemerken dazu: Dem Arbeitgeberbund ist von einer Machtprobe nichts bekannt. Zurzeit tagen die Verhandlungen der Arbeitgeberorganisationen mit den Organisationen der Arbeitnehmer, und es ist auf der ganzen Linie das feste Vertrauen vorhanden, daß die Verhandlungen wegen Erneuerung der am 1. April dieses Jahres ablaufenden Tarifverträge zu Ende geführt werden und für beide Teile in friedlicher Weise zur Zufriedenheit ausfallen, damit endlich Ruhe und Ordnung geschaffen wird. Lohnreduktionen sind nirgends beabsichtigt. Der Gedanke ist uns schon verächtlich, vielmehr noch die Feindschaft, die man dazu benutzt, um die Verhandlungen zu stören.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Zeit und Umgebung. C. B.

Lassen wir es mit diesem Schreiben abgetan sein. Das feste Vertrauen auf der ganzen Linie“ auf eine friedliche Verständigung wird wohl durch die Rundschreiben der Münchener, Leipziger und Braunschweiger Unternehmer am besten illustriert.

Empor!

(Lieder und Gedichte von Karl Frohme.)

Empor! Das ist das Lösungswort der modernen Arbeiterklasse; es ist ein Sehnsuchtswort, ein Mahnwort und ein Kampfwort zugleich, das den eigentlichen Kern des proletarischen Strebens in sich birgt. Emporsteigen will der Arbeiter und seine ganze Klasse, empor aus dem Dunkel zum Licht, aus der Knechtschaft zur Freiheit, aus dem Elend zum sonnigen Glück. Wo immer die Arbeiterklasse in bewußtem Streben als Klasse tätig ist, ob auf politischem, wirtschaftlichem oder genossenschaftlichem Gebiete, immer ist ihre Tätigkeit auf die Erfüllung dieses Wortes, auf ihre eigene Befreiung und Erlösung gerichtet. Da ist es denn kein Wunder, daß sich dies Streben, diese lampbegeisterte Erlösungssehnsucht auch auf künstlerischem Gebiete bemerkbar macht, daß es insbesondere seinen Niederschlag findet in der Dichtung. Früher waren es fast ausnahmslos hochherzige Angehörige der bürgerlichen Klassen, die zumeist in zürbelig-sentimentaler Weise von den Ketten und der Sehnsucht des Volkes sangen, obwohl sie diese selbst wohl oft nur vom Hörensagen kannten. Als aber die Arbeiterklasse zu selbständigem Leben erwachte, als sie anfangs, sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt zu werden und ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, da fing sie auch an, die für sie nötigen geistigen Kräfte, ihre Führer und Berater, ihre Redner und Schriftsteller, ihre Philosophen und Dichter aus sich selbst heraus zu entwickeln. Besser als Angehörige anderer Klassen konnten sie dem Fühlen und Denken des niederen Volkes Ausdruck verleihen; denn sie, die zumeist selbst durch die Schule des Elends gegangen waren, waren vom Fühlen und Denken ihrer Klasse erfüllt. Freilich gab sich das, was sie produzierten, oft nicht in einer so gefälligen, so fein geschliffenen und polierten Form, wie manche Werke

ihrer bürgerlichen Vorgänger, und auch der Inhalt war oft nicht so fein nuanciert und gab keinen so tiefgehenden Genuß wie jene Werke. Nauß war es zumeist, wie das Leben des Volkes selbst. In unzähligen Variationen klang aus den Liedern der Dichter die politische Leidenschaft. Worte des Hasses und der Verachtung, Worte harter Klagen gegen das Elend, leidenschaftliche Kampfrufe gegen Unrecht und Unterdrückung, Worte voller Siegesübermut und Hoffnung waren es, die in der proletarischen Dichtung den immer wiederkehrenden Grundton bildeten. Und eben das war es, was den Arbeitern, besonders den Arbeitern der Industrie, diese neue Dichtung lieb und teuer machte; in ihr fanden sie, was sie selbst bewegte, was sie füllten, dachten und hofften.

Einer der ältesten der aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen und heute noch lebenden Dichter ist Karl Frohme, der langjährige Mitarbeiter des „Grundstein“. Früher Maschinenbauer, gab der spätere Reichstagsabgeordnete und Redakteur schon in jungen Jahren (1874) unter dem Titel „Frei und funde“ ein kleines Gedichtbändchen heraus, das beim Zentrafortreten des Sozialistengesetzes sofort dem polizeilichen Verbot zum Opfer fiel. Eine 1879 herausgegebene Sammlung „Frei und funde“ traf das gleiche Schicksal. Erst drei Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte der Dichters Verlag in Stuttgart eine Ausgabe der Frohmeh'schen Gedichte in sein fünfzigjähriges Werk „Deutsche Arbeiterdichtung“ aufnehmen. Diese Gedichte, in Verbindung mit solchen aus den „Frei und funde“ und anderen Blättern veröffentlichten und überhaupt noch nicht gedruckten Gedichte, hat nun der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den achten und zehnten schleswig-holsteinischen Wahlkreis gesammelt und im Verlage von Auer & Co., Hamburg, Fehlandstraße 11, als Prachtbändchen unter dem Titel „Empor“ erscheinen lassen zum Preise von M. 1.

Den Lesern des „Grundstein“ ist Frohme als Dichter bekannt. In seinen gelegentlich hier veröffentlichten Gedichten führt er eine formvolle, von Sentimentalität freie und kraftvolle Sprache, die wir auch in seiner von sozialistischem Geiste durchdrängten Sammlung wiederfinden. Frohme fordert für seine Klasse mit zündenden Worten die ihr vorzuenthalten Rechte, er ist ein Schilder der Armut und ein Mahner der Herrschenden; aber er ist auch der Prophet einer neuen Zeit und der Prediger einer neuen Kultur. Eine weise, fast religiöse Stimmung atmen einzelne Gedichte, besonders unter den Sonetten, und neben der politischen Leidenschaft klingen hier und dort ganz stille Töne tiefer Innlichkeit, Auserkennung eigener Friedebelie und harmonisch gestimmten Seele durch. — Wir können dem schönen Bunde, aus dem wir nachstehend eine Probe wiedergeben, nur die weiteste Verbreitung wünschen.

A. E.

Gebet.

Was ist Gebet? Verfünden müßt ich's allen, Betrachtung it's des Guten und des Nechten, Des Herzens Ringen gegen's Joch des Schledten, Des Geistes freies, Kühnes Aufwärtsstollen.

Was ist Gebet? Die Faust im Horne ballen Ins Angesicht der Lüge freien Knechten, Für Menschenrecht, für Freiheit, Wahrheit streben Und mit dem Trost der Pflichtenfüllung fallen.

Das ist Gebet! Das macht von Vanden frei, Bon allen Ketten, die die Menschheit brüden Ein solch Gebet ist Fluß der Tyrannen!

Rein anderes wird je ein Volk entrüden Der hitzigen Not, jedweder Elaveren — Rein anderes kann je die Welt beglücken!

Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Baugewerbe.

So oft auch schon nachgewiesen worden ist, daß die Arbeitsleistung im Baugewerbe gegen früher nicht nachgelassen hat, sondern ganz zweifellos gestiegen ist, stellen doch die Unternehmer und ihre Presse immer wieder die dummdreiste Behauptung von dem „Zurückgehen der Leistung im Baugewerbe bei gleichzeitiger außerordentlicher Lohnsteigerung“ auf. So brachte das Gesehminder-Unternehmerpapier erst in seiner Nr. 10 wieder einen Artikel, in dem diese Behauptung mit der diesem Blatte eigenen „Gründlichkeit“ erneut besprochen wird. Einen Beweis für seine aborne Behauptung kann das Blatt natürlich nicht bringen, wenn man nicht den Abdruck einer ähnlichen Behauptung des Verbanes der Berliner Baugeschäfte als Beweis ansehen will. Das Gesehminder-Unternehmerblatt schreibt:

„Ebenso wie sich nicht leugnen läßt, daß die Löhne außerordentlich gestiegen sind, ebenso wenig läßt sich leugnen, daß die Arbeitsleistung ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Gerade darauf zielen ja die gewerkschaftlichen Forderungen hin, einen möglichst hohen Lohn bei möglichst geringer Leistung zu erzielen. Man möchte es fast eine tragische Ironie nennen, daß in diesem Punkte das Baugewerbe im gewissen Sinne wieder an der Spitze steht. Hier sind die Löhne am höchsten und die Arbeitsfähigkeit am geringsten. Wir verweisen hier speziell auf die bekannte Denkschrift, die feinerseitig der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe gelegentlich des Abschlusses des letzten Tarifes ausgearbeitet hat. In dieser Denkschrift heißt es u. a.: „Gerade das Zurückgehen der Arbeitsleistung findet bei den Arbeiterorganisationen eine systematische Förderung. Diese Gaunerpolitik, die die englische Industrie festgelegtenmaßen so sehr geschädigt hat, läßt sich insbesondere für das Baugewerbe zahlenmäßig nachweisen. In Berlin z. B. wurden früher bei zehn- bzw. elfstündiger Arbeitszeit sechs Arbeiter im Durchschnitt 800 bis 900 Steine vermauert; diese Arbeitsleistung ging aber bei allmählicher Verkürzung der Arbeitszeit reichend und unberücksichtigt zurück, so daß während der letzten mehrjährigen Hochkonjunktur im Baugewerbe bei neunstündiger Arbeitszeit schließlich vielfach nur noch 800 Steine verarbeitet wurden. Dieser Umstand veranlaßte den Berliner Bauarbeiterverband bei Erneuerung des Arbeitsvertrages im Jahre 1901, die Einfügung einer sogenannten Leistungsklausel in den Tarif durchzusetzen, der sich die Arbeitgeberunterstützung entschieden widersetzt, bis durch das Gerichtengericht, nach Einziehung und Vernehmung eines königlichen und eines städtischen Baurats als Sachverständigen, ein Schiedsspruch gefällt wurde, nach dem ein Berliner Maurer bei gewöhnlicher Mauerwerk und bei neunstündiger Arbeitszeit in der Lage sei, durchschnittlich bei 500 bis 750 Steine zu vermauern.“

Wir haben erst in Nr. 7 des „Grundstein“ eine Gegenüberstellung der früher und jetzt im Berliner Baugewerbe gezahlten Afford- und Stundenlöhne veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß gerade in Berlin die Arbeit heute viel intensiver sein muß, als in früheren Jahren. Ist doch, während der Stundenlohn in den letzten zehn Jahren fast fortgesetzt stieg, der Affordlohn beständig und erheblich zurückgegangen. Wäre die Arbeitsleistung zurückgegangen, so hätte beim Steigen der Stundenlöhne der Affordlohn naturgemäß nicht fallen, sondern noch erheblicher als der Stundenlohn steigen müssen. Wollten die Unternehmer einen Maßstab für die Arbeitsleistung in jeglicher und früherer Zeit schaffen, so müßten sie die früheren und jetzigen Affordpreise veröffentlichen, anstatt die recht allgemeine Behauptung aufzustellen, in der letzten Hochkonjunktur seien „vielfach“ nur noch 300 Steine verarbeitet worden. Dies beweist, selbst wenn es richtig wäre, gar nichts; denn es gibt bestimmte Arbeiten, wo auch 300 verarbeitete Steine noch eine ganz respektable Leistung sind, besonders wenn, wie dies in Berlin vielfach üblich ist, die Zahl der vermaurten Steine auf die Gesamtzahl der am Bau beschäftigten Maurer umgerechnet wird, ganz gleich, ob diese beim Mauern oder bei etwas anderem beschäftigt sind. Wird in Berlin die Durchschnittsleistung der Maurer angenommen, so kommen heute, bei gewöhnlicher Arbeit, trotz der um eine Stunde verkürzten Arbeitszeit nicht 300, auch nicht 500 bis 750, sondern höchst wahrscheinlich immer noch mehr als selbst 800 bis 900 vermauerte Steine heraus. Wie wäre es sonst möglich, daß der Affordpreis beim Mauern in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel gesunken ist, und daß für Affordarbeit beim Rohputzen sogar nur noch halb so viel gezahlt wird, wie vor 16 Jahren, während der Stundenlohn in dieser Branche seitdem von 60 auf 80 3 gestiegen ist? Den Spatzen werden heute bei Affordarbeit rund 60 Pf. weniger gezahlt als vor sechs Jahren, während der Stundenlohn im gleichen Zeitraum von 45 auf 75 3 gestiegen ist. Bei den Patentbedenarbeitern ist der Unterschied noch krasser. So wurden beispielsweise anfangs der neunziger Jahre für den Quadratmeter Giebel noch 80 3 gezahlt, während heute der Höchstpreis 10 3 beträgt. Alle diese und noch manche andere Tatsachen beweisen, daß die Arbeitsleistung im Berliner Baugewerbe nicht „ganz außerordentlich zurückgegangen“, sondern ganz außerordentlich gestiegen ist. Aber die Unternehmer brauchen ihre unwahren Behauptungen so notwendig wie das liebe Brot; denn durch sie soll der großen Öffentlichkeit gerade jetzt wieder „bewiesen“ werden, daß die „faulen“ Bauarbeiter keine Lohnherhöhungen verdienen, sondern heute schon viel zu hoch bezahlt sind.

Weshalb wie im Berliner Baugewerbe dürften die Verhältnisse im ganzen Reich liegen, wenn dieselbe auch nicht überall die Arbeitsintensität in dem Maße wie in Berlin gesteigert wurde. Als Beweis dafür, daß auch an anderen Orten beim Steigen der Stundenlöhne die Affordlöhne stabil blieben oder sogar noch zurückgingen, daß also die Arbeitsleistung größer geworden sein muß, geben wir nachfolgend neben den Stundenlöhnen ein Verzeichnis der Affordpreise, die für Mauerarbeiten in den Jahren 1890 bis 1910 in Frankfurt a. M. gezahlt wurden. Das Verzeichnis ist durch unsere Zweigvereinsleitung zusammengestellt, und zwar veranlaßt durch die fortwährenden Behauptungen der Löhner und Konjorten, die Leistungen der

Maurer gingen fortwährend zurück. Die einzelnen Preise der Tabelle stellen den Durchschnitt aus einer Reihe von Affordverträgen dar, die von früheren und jetzigen Parteiführern eingezogen worden sind. Dabei sind hauptsächlich die Firmen berücksichtigt worden, die der Frankfurter Baugewerksinnung resp. dem dortigen Arbeitgeberverband angehören. Die Beträge selbst liegen unserer Zweigvereinsleitung zum größten Teil im Original vor; die von 1910 sind sogar behördlich abgestempelt. Das Verzeichnis ergibt für nachstehend bezeichnete Positionen folgende Preise:

Table with 5 columns: Bezeichnung der Arbeit, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910. Rows include Ausfachung der Fundamente, Herstellung der Betonfundamente, Einhäuptiges Kellermauerwerk, etc.

Die Tabelle besagt nichts anderes, als daß der Stundenlohn der Maurer in Frankfurt a. M. seit 1890, also seit 20 Jahren, um 37,5 Pf. gestiegen ist, während die Affordpreise für die wichtigsten Maurerarbeiten (für Backsteinmauerwerk im Erdgesch., im ersten, zweiten, dritten und im Dachstuhl sowie für das Erstellen der Scheibendeckelungen), völlig gleich blieben. Bei neun weiteren Positionen sind die Preise sogar gesunken, so für das Verlegen der Wassersteine um rund 66 Pf., und für das Ausbetonieren der Träger um rund 83 Pf., und nur bei neun weiteren Positionen sind sie ganz unmerklich gestiegen. Das ist derselbe Vorgang, wie in Berlin, der klar beweist, daß die Arbeitsleistung der Maurer auch in Frankfurt a. M. in den letzten 20 Jahren nicht gesunken, sondern ganz erheblich gestiegen ist. Die Unternehmer werden ja die obigen Zahlen nicht betreiten können; trotzdem wäre es verkehrt, wenn man erwarten wollte, daß sie in Zukunft der Wahrheit die Ehre gäben. Dazu sind sie nun einmal in dieser Sache nicht fähig.

Nicht besser, als was das Gesehminder Blatt über die Arbeitsleistung im Baugewerbe zu sagen weiß, ist, was es über die Lohnsteigerung zu sagen hat. Wenn es z. B. mitteilt, der Stundenlohn der Berliner Maurer sei im Jahre 1908 zweieinviertelmal so hoch wie 1871, zweieinhalbmal so hoch wie 1882 usw. gewesen, so ist das eine hinsichtlich-nahe Spielerei; denn nicht darauf kommt es ja für die Arbeiter in erster Linie an, wieviel Geld sie 1871 und 1908 verdienen, sondern darauf, was sie für eine bestimmte Summe Geldes 1871 und 1908 kaufen konnten. Was nicht es dem Arbeiter, wenn er heute in der Woche 3 40 verdient, aber dafür nicht mehr Waren bekommt als 1871 für 15? Es ist doch eine heile Welt, wenn man diese bekannte Tatsache, daß das Geld gegen früher stark unterwertig ist, dabei ist allerdings richtig, daß die Lage der organisierten Arbeiter, auch der der Bauarbeiter, durch das Eingreifen der Gewerkschaften gegen früher bedeutend gehoben hat. Dies ist aber noch lange nicht in dem Umfang geschehen, daß es verhältnismäßig auch nur annähernd der gewaltigen Reichumssteigerung der Kapitalisten entspricht. Und das ist es, was die Gewerkschaftsführer meinen, wenn sie von der „relativen Verelendung der Massen“ sprechen. Es soll damit gesagt werden, daß sich die Lebenslage der Arbeiter verhältnismäßig viel langsamer hebt, als die der Besitzenden, daß der gesellschaftliche Abstand zwischen beiden Klassen nicht kleiner, sondern größer wird, weil eben die Gehalt der Besenstage der Arbeiter unendlich viel langsamer vor sich geht, als die der Kapitalisten. Daß dies das Gesehminder Blatt begreifen wird, ist allerdings nicht zu erwarten.

Bedeutung und Werthschätzung der Industrie und Landwirtschaft in Preußen.

Die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung in Preußen wirbelt eine Menge von Fragen auf, die mit der Repräsentation des preussischen Volkes in engstem Zusammenhang stehen. Eine der wichtigsten davon ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ihren Beziehungen zur Volksvertretung. Sie kommt vor allem zum Ausdruck in der Wahlkreiseinteilung, die von den herrschenden Parteien einschließlich der Regierung mit allen Mitteln künstlich aufrechterhalten wird. Diese Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1858. Schon damals war sie auf eine Begünstigung des platten Landes zugeschnitten, das der Regierung als die geeignetste Stütze für ihre Zwecke erschien und auch heute noch erscheint. Damals war Preußen aber weit überwiegend noch ein Agrarstaat; die größere Hälfte seiner Bevölkerung zög ihren Erwerb noch aus der Landwirtschaft und sieben Zehntel derselben wohnten auf dem Lande.

Dieses Verhältnis hat sich seitdem vom Grund aus geändert. Industrie, Handel und Verkehr sind in Preußen gewaltig emporgewachsen und haben die Landwirtschaft zurückgedrängt. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist heute mit ihrem Erwerb an die Städte gebunden und wohnt teils in Städten, teils in den nächsten Umgebungen von Stadtgemeinden. Und der Bevölkerungsüberschiebung entspricht völlig die Bedeutung der Städte als Steuerquellen des Staatswesens. Den weitaus überwiegenden Teil seiner Steuereinkünfte zieht Preußen aus den Städten, während die Steuerkraft des Landes von Jahr zu Jahr in ihrer Bedeutung zurückgeht. Gleichwohl weigern sich Regierung und die Mehrheitsparteien des Landtags, den Städten eine ihrer wirklichen Bedeutung entsprechende Repräsentation im Abgeordnetenhaus zuzuerkennen.

Von 37,9 Millionen der Gesamtbevölkerung Preußens fanden nach der Berufs- und Gewerbezahlung 1907 nur 10,8 Millionen einschließlich Dienende und Angehörige oder 28,59 p. t. ihren Erwerb in der Landwirtschaft, dagegen 21,2 Millionen gleich 55,93 p. t. in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr und 5,8 Millionen gleich 15,48 p. t. in privaten und öffentlichen Diensten sowie sonstigen Berufen. Doppelt so stark müßte die Vertretung von Industrie und Handel sein als die der Landwirtschaft, wenn es noch Gerechtigkeit in Preußen gäbe.

Nach der Bevölkerungsstatistik 1905 wohnten 16,8 Millionen oder 45,22 p. t. in Städten, 18,3 Millionen oder 49,31 p. t. in Landgemeinden und nur 2,0 Millionen oder 5,44 p. t. in Gutsbezirken. Daß hier die Landgemeinden noch so stark hervorragen, erklärt sich aus dem Wohnen der industriellen Arbeiterbevölkerung auf dem Lande. Die dichtbesiedeltesten Landgemeinden sind Industriestädte oder Vorstädte von solchen, deren Verlaßlichung der Nachspruch der Regierung im Wege steht. Nur in ganz außerordentlichen Fällen und zögernd rückt die Regierung zu städtischen Einverleibungen von Landgemeinden ihre Zustimmung und noch seltener werden solchen Vorfällen die Stadtrechte verliehen. So erhoben im preussischen Abgeordnetenhaus am 7. März d. J. die Konservativen wütenden Einspruch gegen die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M., lediglich aus politischen Gründen, weil diese Stadt ein geheimes Kommunalwahlrecht habe und weil deren Gemeindevertretung sich auf Seiten der Straßendemonstranten in der Wahlrechtsbewegung gestellt habe. Rechnet man also die Vorortsgemeinden zu den Städten, so ist die weitaus größere Hälfte der Einwohner Preußens Stadtbewohner.

Nach der preussischen Einkommensteuerstatistik für 1909 war das Ergebnis der Steuerveranlagung:

Table with 4 columns: Städtische Klassen, Landliche Klassen, Städte, Land. Rows: Veranlagt, Erhöhen.

Die Städte brachten demnach an Einkommensteuer 249,19 Millionen Mark (76,2 p. t.), das Land nur 77,67 Millionen Mark (23,8 p. t.). Auf nach diesem Ergebnis käme den Städten eine dreimal stärkere Vertretung zu als dem Lande, denn in Preußen soll ja die Steuerleistung ausschlaggebend sein für die Zurechnung der staatsbürgerlichen Rechte. Merkwürdigerweise kommt dieser Grundsatz erst bei der Klassenteilung zur Anwendung, nachdem man schon durch die Wahlkreiseinteilung ein privi legiertes Reich von Landkreisen und ein untergeordnetes Reich der Stadtkreise eingerichtet. Daß die übrigen Steuerleistungen des Landes diejenigen der Städte nicht übersteigen, zeigt uns ein Blick auf die zur Ergänzung

steher herangezogenen Vermögen, deren Durchschnittsbetrag pro Kopf der Jenigen im Jahre 1908 in den Städten 80 200, auf dem Lande nur 42 900 erreichte.

Aus alledem ergibt sich, daß nicht die Landwirtschaft und das platte Land, sondern Industrie, Handel und Verkehr und die Städte der breite Sockel sind, auf dem Preußens Staatsmacht beruht. Die Letzteren sind auch die wirklichen Träger der fortschreitenden Kultur, die ein Kulturstaat fördern und begünstigen muß, während die Landwirtschaft und das flache Land längst an staatlicher Bedeutung hinter jene zurückgetreten sind.

Sehen wir uns nun die preussische Wahlstatistik ein wenig näher an. Von je 100 städtischen Urwählern wählten konservativ oder freikonservativ 9,57, zentrunalisch 16,00 und antikemistisch oder landbündlerisch 0,22. Die Gegner der Wahlrechtsreform erhielten aus städtischen Urwählern also nur 25,88 pSt. städtischer Stimmen. Dagegen stimmten von je 100 städtischen Urwählern für Sozialdemokraten 44,33, für Freisinnige 7,25, für Nationalliberale 14,53 und für Polen und Dänen 3,20.

Anders wählte das Land! Hier fielen den Konservativen und Freikonservativen von 100 ländlichen Urwählerstimmen 25,56, dem Zentrum 24,08 und den Antikemistisch und Landbündlern 1,86, den Wahlrechtsfeinden insgesamt also 52,30 pSt. zu, während die Wahlreformparteien zusammen nur 39,31 pSt. erhielten. (Sozialdemokratie 10,84, Freisinnige 1,76, Nationalliberale 10,43 und Polen und Dänen 16,28.) Das platte Land ist noch immer das Paradies der Reaktionäre; es wählt überwiegend konservativ oder ultramontan. Deshalb lassen diese beiden Parteigruppen, die sich zur gemeinsamen Veranschaulichung der Wahlreformvorlage in der Kommission zusammengefunden haben, an der Vorzugstellung des Landes gegenüber den Städten nicht rütteln.

Wie diese Wahlreifeinteilung auf die Wahl der Abgeordneten einwirkt, zeigt folgende Gegenüberstellung. Es erhielten bei der Wahl 1908 an Stimmen und Abgeordneten:

Gegner der Wahlreform		Anhänger der Wahlreform	
Partei	Stimmen in Proz.	Partei	Stimmen in Proz.
Konservative	14,16/34,81	Sozialdemokraten	23,87/1,58
Freikonservative	2,54/13,54	Freis. Vereinigung	0,88/1,80
Zentrum	19,91/29,47	Freis. Volkspartei	3,99/6,32
Antikemisten	0,36	Nationalliberale	12,71/14,67
Bund der Landwirte	0,60	Polen, Dänen	9,02/3,38
Zusammen	37,56/71,32	Zusammen	50,41/27,76

Außerdem wurden vier Abgeordnete (0,90 pSt.) gewählt, die zu keiner Partei gehören.

Dank dieser Wahlreifeinteilung haben die Parteien der Wahlrechtsreform für 50,41 pSt. der Urwählerstimmen nur 27,76 pSt. der Abgeordneten erhalten, wobei die Sozialdemokratie die hauptsächlichste Verlustträgerin ist, während die Wahlreformgegner für 37,56 pSt. der Stimmen 71,32 pSt. der Mandate zum preussischen Landtage einheimsten. Die Konservativen haben fast das Dreifache der Mandate bekommen, als ihnen zumal, das Zentrum ebenfalls ein gutes Teil mehr. Kein Wunder, daß diese Parteien sich gegen ein gleiches Wahlrecht von Stadt und Land erklären; denn ihnen erwächst der unerschöpfliche Gewinn aus der Benachteiligung der Städte.

Aber auch die liberalen Parteien haben dabei mehr Abgeordnete erhalten, als ihnen nach Maßgabe der Urwählerstimmen zustanden. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wahlreifeinteilung und Klassenunterschied; die Letztere ermöglichte den Liberalen, sich für die aus der ungerechten Wahlreifeinteilung erwachsenden Verluste durch Ueberstimmung der dritten Klassenwähler schadlos zu halten und damit alle Verluste auf die Sozialdemokratie, der Partei des städtischen Proletariats, ab-

zulagern. So lastet der Fluß der politischen Entrechtung der Stadtgemeinden zehnfach auf der Arbeiterklasse, die nur den achtzigsten Teil der Urwählerstimmen Volkswortener erhält. Auf 106 von 148 Mandaten hatte die Sozialdemokratie gemäß ihrer Stimmenzahl Anspruch — sechs hat sie nur erhalten.

Diese Entrechtung der städtischen Wähler ist eine Ungerechtheit, die der indirekten Wahl und der Klassenunterschiede an Gemeingefährlichkeit nichts nachgibt. Ihre schlimmsten Wirkungen zeitigt sie in den Großstädten. Berlin hat gemäß seiner Bevölkerungsziffer zwölf Abgeordnete zu wenig; Breslau und Köln müßten je drei, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Essen, Stettin je zwei und Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Duisburg, Dortmund, Altona, Kiel, Riga, Gelsenkirchen, Scharnhorst und Posen je einen Abgeordneten mehr erhalten, als es heute geschieht. Die 28 preussischen Großstädte sind zurzeit durch 52 Abgeordnete vertreten, während ihnen nach der Bevölkerungsziffer deren 90 zustanden. Die meisten übrigen Stadtteile sind derart mit Landkreisen verknüpft, daß die Wahlmänner der letzteren einen erheblichen Einfluß auf die Abgeordneterwahl ausüben. Aus dieser Mindervertretung der Städte und dem ländlichen Einflusse erklärt sich das große Übergewicht der rückständigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus.

Der Arbeiterkampf Preußens fällt die Kulturaufgabe zu, mit dieser politischen Unterdrückung der Städte aufzuräumen und den großen Zentren der Kultur und des Fortschritts die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen. Sie führen diesen Kampf nicht allein für sich, sondern für alle, die im Bannkreise der Stadt ihren Lebenserwerb finden. Deshalb sollen sich alle städtischen Parteien darin einig sein, den Kampf gegen die veraltete Wahlreifeinteilung zu unterstützen. Es scheint indes, daß die bürgerlichen Wahlreformfreunde hier versagen, um auch ferner auf dem Boden der Dreiklassenwahl sich an der Arbeiterklasse schadlos zu halten. Ein solches Verhalten dieser Parteien ist nur geeignet, die Kraft und Schärfe der großen Wahlrechtsbewegung zu erschöpfen, die schließlich mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht auch die ungerechte Wahlreifeinteilung hinwegschwemmen wird. Je mehr man sich bemüht, von dem preussischen Klassenwahlrecht möglichst viel zu retten und zu konservieren, desto mehr wird das preussische Volk die Ueberzeugung gewinnen, daß hier endlich einmal gründlich reiner Tisch gemacht werden muß!

Politische Umschau.

Staatsdebatten im Reichstage. — Staatsarbeiter oder Staatskneven? — Das Unheil der Flottenpolitik. — Bräutereiung des Reichstages durch die Kieler Werftdirektion. — Somatomialheit. — Die Reichspostverwaltung auf der Anklagebank. — Das „arbeiterfreundliche“ Zentrum. — Sozialdemokratische Wahlrechtskampfs-Interpellation im Reichstage: das Polizeibehörden in parlamentarischer Befehlshandlung und seine „Rechtspflege“. — Die Wahlrechtskommission im preussischen Reichsparlament. — Der Volkserrat des Zentrums. — Fortgang des Wahlrechtskampfes. — Politische Korruptionsaffären in Frankreich und England. — Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in Philadelphia.

Dem Reichstage ist diesmal die rechtzeitige Erledigung des Etats durch seine verspätete Einberufung sehr erspart worden. Um mit ihm bis zu den für den 17. oder 18. März vorgegebenen Osterferien fertig zu werden, muß das hohe Haus, wenn nicht die Kritik zu kurz kommen soll, wohl über Abel Sitzungen von außergewöhnlich langer Dauer abhalten, die natürlich sehr ermüdend und depressierend wirken. In der Berichtswochen wurde zunächst die zweite Beratung des Marineetats zu Ende geführt, wobei gegen die Verwaltung begw. Herrn v. Tirpitz eine Reihe schwerer Vorwürfe und Anklagen erhoben wurden. Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite wurde insbesondere die häßliche und ungerechte Praxis der Werftverwaltung, Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln, wobei man sich eines förmlichen Spießsystems bedient und die Information durch die Polizeibehörde genießt, eine scharfe Kritik. Es ist in der Tat ein Skandal, daß in einem Staate, der als Kultur- und Rechtsstaat respektiert sein will, derartige Praktiken, die geradezu darauf gerichtet sind, die Staatsarbeiter zu Staatskneven zu machen, noch vorzunehmen können. Selbstverständlich erstreckte sich die sozialdemokratische Kritik auch wieder auf die unheilvolle Flottenpolitik und die Frage der Abrüstung, die eine immer dringendere wird. Das am Werk der Wölfer gehende wahnwitzige Wettrennen zur See, das noch schlimmer ist als das zu Lande, kann unmöglich noch lange fortauern. Das englische Flottenbudget z. B. hat jetzt die ungeheure Höhe von nahezu 4 Millionen Pfund Sterling = 820 Millionen Mark erreicht! Wenn dann die Regierenden nicht zu der Einsicht kommen, daß diesem

Unheil gesteuert werden muß, so müssen die Wölfer die Initiative ergreifen, ihm ein Ende zu machen. Das ist nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre heilige Pflicht; denn sie sind des Unheils Opfer. Und in erster Linie die Arbeiterklasse ist es, aus deren Schweiß und Blut die Milliarden, die der Wölfer verschlingt, gemünzt werden.

Die von den Sozialdemokraten aus Anlaß des Kieler Werftprozesses geforderte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wurde abgelehnt. Die schwarz-blaue Blochmehrheit, unterstützt von den Nationalliberalen, wollte der Marineverwaltung diesen wohlverdienten und durch die Verhältnisse durchaus gebotenen Eingriff in ihre Autorität nicht antun. Allgemein charakteristisch ist folgende Tatsache: den Arbeitern der Kaiserlichen Werft in Kiel wurde die Mitteilung gemacht, daß nach Ablauf einer Kündigungsfrist von sechs Wochen 600 Arbeiter entlassen werden müßten. Als Ursache dieser Maßnahme wird angegeben, daß der Reichstag eine Reihe von Forderungen für Instandsetzung und Instandhaltung abgelehnt habe. Der Werftdirektor hat durch Anschluß die unverschämte Forderung, freitwillig auszuhelfen, um die Arbeiter vor der Entlassung zu bewahren. Das machte auf uns folgende den Eindruck einer Demonstration gegen den Reichstag. Die Tatsache war bis zum Schluß der Marinetaatsdebatte im Reichstage noch nicht bekannt, sonst würden die Sozialdemokraten sie mit zur Sprache gebracht haben. In der Budgetkommission nahm deren Vorsitzender, v. Camp, Anlaß zu erklären: Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß auf der Kieler Werft 500 bis 600 Arbeitern gekündigt worden sei mit der Begründung, daß die Budgetkommission größere Abstriche bei den Posten „Indiensthaltung“ und „Instandsetzung“ gemacht habe. Sei diese Begründung wirklich gegeben worden, so müsse er namens der Budgetkommission dagegen protestieren, er wolle feststellen, daß an dem genannten Posten allerdings 700 000 getrichen seien, aber der dann noch verbleibende Betrag sei trotzdem noch um eine Million höher als für dieses Jahr. Die Marineverwaltung könne der bewilligten Gelder wegen sogar mehr Arbeiter beschäftigen!

Das Vorgehen der Werftleitung ist also in der Tat eine Bräutereiung des Reichstages, die sicher auch noch im Plenum die gebührende Kritik erfahren wird.

Auch das übliche Appenzel zum Marineetat, der Etat für Kautschau, wurde erledigt. Es kam dabei zu einer kolonialpolitischen Debatte, deren wichtigster Teil die von sozialdemokratischen Abgeordneten Roske an der Kolonialpolitik geübte Kritik bildete: Kautschau allein hat uns binnen zehn Jahren rund 150 Millionen Mark gekostet. Wir halten dort 2200 Soldaten, die in diesem Jahre einen Aufwand von 6½ Millionen Mark erfordern. Aber die von den Kolonialpolitikern vorausgesetzte günstige Entwicklung Kautschaus ist ausgeblieben. Um den „guten Willen zur Sparsamkeit“ auch bei diesem Etat zu bekunden, wurden von 1893, die für Schreibmaterialien eingesetzt waren, ganze 4 gekürzt. Wenn dieses drastische Sparsamkeitsbeispiel die notleidenden Reichsfinanzen nicht auf die Beine bringt, hilft gar nichts mehr!

Wenn Postetat fekte die sozialdemokratische Kritik wiederum scharf ein. Der Abgeordnete Jubel schilberte die schlechte Lage der Arbeiter und Unterbeamten im Post- und Telegraphenbetriebe, die Vergewaltigung ihres Koalitionsrechts und sonstige schwere Mißstände. Nach der Versicherung des Staatssekretärs Kräfte aber ist in seinem Ressort alles zum Besten bestellt. Ihm kam der Konservative Dr. Dröschler zu Hilfe mit der Bemerkung, durch die Agitation für bessere Entlohnung der Beamten und Arbeiter werde deren Wegezähigkeit gesteigert. Ein Recht auf Wegezähigkeit, und zwar auf die maßloseste, haben natürlich nur die Junker, die Großkapitalisten, die Unterbeamten, die Diener der Kirche, die hohen und höchsten Beamten, vom Geheimrat bis zum Reichsfinanzminister, auch regierende Fürsten, denen man aus Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise die Zivilliste erhöht. Das Zentrum zeigte sich wieder einmal von seiner „arbeiterfreundlichen“ Seite. Zu einer Resolution der Nationalliberalen, die einen aus Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Industrie zu bildenden Postbeirat forderte, lag ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten vor, in diesem Beirat auch Vertreter der Arbeiter aufzunehmen. Dieser Antrag wurde angenommen. Die so amendierte Resolution wurde dann abgelehnt, weil das Zentrum mit dagegen stimmte!

Die Staatsdebatte erfuhr eine sehr bemerkenswerte Unterbrechung dadurch, daß die sozialdemokratische Fraktion abermals den Wahlrechtskampf und das Verhalten der Polizei zu ihm zur Besprechung brachte. Ihr diente dazu folgende Interpellation:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin für eine am 6. März nach dem Treppenturm Park bei Berlin einzubereitenden öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel im Widerspruch zum § 7 des Vereinsgesetzes, das die Verfassung der Genehmigung nur zuläßt, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist, die Genehmigung verweigert hat?

Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um derartigen Beeinträchtigungen des Versammlungsrechtes für die Zukunft zu verhüten?

Die Begründung dieser Interpellation, die zusammen mit dem Beginn der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus, ging mit dem Berliner Polizeigewaltigen, Herrn v. Jagow, und den „Selbstentatenern“ seiner blauen Garde geübtermaßen schonungslos ins Gericht. Der Redner schilderte das Einhalten der Schutzleute auf friedliche und wehrlose Spaziergänger, sogar auf Frauen und Kinder, als eine Art feigster Brutalität. In der Tat, zur Uebung solcher „Ordnungsgelüste“ gehört kein Mut. Und wenn sich dieses Selbstentatenern dabei nun gar noch auf seine Eigenschaft als Vertretung der Staatsautorität beruft — so ist das die denkbar wirkungslose Verhöhnung und Untergrabung dieser Autorität.

Der zur Beantwortung der Interpellation im Namen des Reichskanzlers erschienene Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, machte sich seine Aufgabe sehr leicht. Er ist sich nicht klar darüber, ob die Berliner Polizei das Vereinsgesetz verletzt hat; er „kann das nicht wissen“, weil das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht noch schwebt. Die Ausführungen der Polizei erklärt er daraus, daß die Polizei infolge angezerrten Dienstes „nervös“ geworden ist! Die Verantwortung für ihre Brutalitäten — der Staatssekretär nennt sie „Unfälle!“ — schiebt er mit beschließender Gelassenheit und unter dem frenetischen Beifall der Rechten den Veranstalter des Spazierganges zu!

Die Sprecher des Zentrums und der Nationalliberalen leisteten sich in der Kunst des Drebens und Wendens, des Spielens mit Wem und Aber, mit einerseits und andererseits wieder einmal großes. Sie wollten der heiligen Polizeiautorität nicht wehe tun, die in den konservativen Abgeordneten v. Richter und v. Dirksen, sowie dem Antisemiten-Häuptling, Liebermann v. Sonnenberg ihre Verteidiger aus dem Hause fand unter ebenso unterschämten wie dummen Angriffen auf die Sozialdemokratie: „die bösen roten“ haben die Polizei provoziert (!) und diese war „gang in ihrem Recht“; sie haben „den Terror auf die Straße getragen“ und die „wackeren Schutzleute“ verdienen Dank; die Demonstrationen sind „revolutionäre Vorübungen“, durch welche die Sozialdemokratie „die Rechte und die Freiheit des Volkes gefährdet“.

Der freisinnige Redner Dr. Müller-Meinungen verpöbelte die Angst vor den Demonstrationen. Und er, einer der Väter des Reichsvereinsgesetzes, versicherte, daß bei Schaffung dieses Gesetzes im schönen Blatztage und seine Freunde nicht daran gedacht hätten, daß die preussische Polizei es so ungeschicklich auslegen werde, als geschehen. Aber daß sie das tun würde, ist Herrn Müller-Meinungen und seinen Freunden damals von den Sozialdemokraten vorausgesagt worden; die Herren haben daran aber nicht glauben wollen.

Schließlich behandelte der sozialdemokratische Abgeordnete Feine die Jagow-Lade, über die das ganze Ausland laßt wie vorher über die Skopendade, nochmals recht farschlich. Von Herrn v. Jagow sagte er, daß dieser geniale Polizeimann ein Werkzeug der Reaktionspolitik sei.

Damit war die Interpellationsdebatte beendet. Sie hat den Herren vom Regiment und ihren Bundesgenossen wahrlich keine Vorteile gebracht. Zu derselben Zeit, als sie vor sich ging, vollzog sich, wie schon erwähnt, im preussischen Abgeordnetenhaus ein neuer Hauptakt der Wahlrechtskomodie. Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage hat, wie vorauszusehen war, nach einer mehrstündigen sehr erregten Debatte, der durch Schlußantrag ein Ende gemacht wurde, zu einem Siege des schwarzblauen Blocks unter Annahme seines Kompromisses geführt. Es kam mehrfach zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Block und der Linken. Unangenehm und frotol benahm sich wieder das Zentrum; es ließ vier Abgeordnete, die sich ihren Wählern gegenüber ausdrücklich verpflichtet hatten, für die gleiche, geheime und direkte Wahl einzutreten, die Freiheit, nicht vorüberwiegend zu werden; die Masse des Zentrums aber stimmte mit der Junterpartei gegen dieses Wahlrecht; es half dieser Partei, die direkte Wahl niederzukommen und die öffentliche Wahl zur Abschonung zu bringen. Die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ hat in der Wahlrechtskomodie die erbärmliche Rolle des Verräters am Volke wahrhaft meisterlich gespielt.

Wie lange werden Arbeiter noch so unerhört töricht sein, von dieser Partei eine Wahrung der Volksrechte und Interessen zu erwarten? Hier kann dann noch glauben, daß das Zentrum für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts eintreten wird, wenn die Junterpartei an die Verwirklichung ihrer schon so lange gehegten Absicht gehen wird — und das ist nur eine Frage der Zeit — dieses Wahlrecht zu beseitigen?

Ohne Zweifel wird der Wahlrechts-„Sieg“ des schwarzblauen Blocks dem Wahlrechtskampf im Volke einen neuen gewaltigen Anstoß geben. Zimmer unübersteiglicher wird sich die vorwärts treibende Kraft des demokratischen Geistes der Massen unter Führung der Sozialdemokratie geltend machen. Das Volkwerk der preussischen Reaktion muß und wird fallen! Für die kommende Woche, in der im preussischen Abgeordnetenhaus die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage stattfinden soll, womit die Komodie ihr Ende erreicht haben wird, hat die Sozialdemokratie neue Massendemonstrationen im ganzen Lande geplant. In nächster Zeit wird auch die Gewerkschaft im 6. Berliner Landtagswahlbezirk stattfinden. Sozialdemokratischer Kandidat ist der beim Mandatsraub „taffierte“ Adolf Hoffmann.

Während wir in Deutschland den preussischen Wahlrechtsreformkampf erleben, hat Frankreich wieder mit politischen Korruptionsaffären zu tun. Bei uns vergewaltigten Junter und Juntergenossen das Wahlrecht; dorten, in der Republik, begaunern und betrauen gewissenlose Subjekte den Staat. Einer der von der Regierung zur Liquidierung der Klostergüter ernannten Beamten, Dües, hat Millionen-Unterschlagungen begangen. Lange schon war diese Tatsache allgemein bekannt, aber die Regierung beging den unerhörten Fehler, das Einschreiten gegen ihn hinauszuschieben. Jetzt endlich hat man den dunklen Ehrenmann „gefaßt“. Der Skandal, der natürlich Wasser auf die Mühle der Sozialisten ist, die ihn in der im Gange befindlichen Wahlbewegung gründlich auszunutzen, hat am 11. März die Kammer beschäftigt auf Grund einer Interpellation Jaurès. Der sozialistische Abgeordnete übte scharfe Kritik an der Richtigkeit der Regierung, und der Ministerpräsident Briand versicherte, daß die Gerechtigkeit rücksichtslos ihres Amtes walten werde. Der andere Skandal erinnert an die Kieker Westaffäre. Er spielt in Toulon. Marinieseranten haben ungeheure Betrügereien verübt, indem sie der Marineverwaltung zu exportierten freien Schundmaterial geliefert haben. Wessung von Beamten wurde dabei in weitem Maße betrieben.

Solche Korruptionsaffären, von denen kein Kulturstaat verschont bleibt, sind eine Frucht des kapitalistischen Ausbeutungssystems und der Klassenherrschaft. Auch in Rußland ist wieder ein Millionenbetrug festgestellt worden. Einige Staatsräte haben ihn an der Bagulnabahn verübt.

Die Streikunruhen in Philadelphia haben in der Berichtswache einen höchst missliebigen Charakter angenommen. Man könnte versucht sein, von einem Bürgerkrieg zu sprechen. Der ins Wert gesetzte Generalstreik hat nach den vorliegenden Mitteilungen einen erheblichen Umfang angenommen. Nach einer Meldung wird er allgemein als amerikanischer Kampf zwischen Kapital und Arbeit betrachtet und ist mit der Möglichkeit zu rechnen; daß ein Sympathiestreik in andern Teilen des Landes entsteht. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei, zu förmlichen Straßenkämpfen, wobei es Hunderte von Verwundungen und auch Tote gab. Noch scheint keine Aussicht auf Beilegung des Konflikts zu bestehen, für den das kapitalistische System, repräsentiert durch ein rücksichtsloses Unternehmertum, die Verantwortung trägt.

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

#### Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

##### Deutschland:

###### Maurer:

**Schleswig-Holstein:**  
Burg a. Fehmarn (Aussperrung), Helgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann), Bramstedt (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);

**Mecklenburg, Lübeck:**  
Lübeck (Sperre über die Bauten der Firma Torkuhl in Käeknitz, Zwischenunternehmer Madel und Bohrens);

**Brandenburg:**  
Sandau a. d. Elbe (Aussperrung);

**Pommern:**  
Stettin (Sperre über das Betongeschäft von Reinke & Co.), Trepow a. d. Rega (Sperre über J. König), Barth (Sperre über die Bauten des Unternehmers Ebert-Damgarten in Langenhanshagen),

Neustettin (Differenzen mit Patzwald), Podesuch (Differenzen);

**Ost- und Westpreussen, Posen:**  
Marienwerder (Sperre über Knack in Beckermühle), Bublitz (Differenzen), Culmses (Streik);

**Königr. Sachsen:**  
Leipzig (Sperre über Winkler, Kleinschöcher, Eoke Militzer- und Eytharstrasse), Borsdorf (Sperre über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), Zittau (Sperren über Hinks in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberriedersdorf (Sperre über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperre über Köhler), Lengfeld (Sperre über Schetelich);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**  
Halle (Sperre über Ifland in Passendorf), Stendal (Sperre über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhringen in Wahrburg);

**Thüringen:**  
Eisenach-Herleshausen (Sperre über Buchejaun), Altenburg (Sperre über den Unternehmer Dorsteuber, Grubenbau Haselbach), Weimar (Sperre über O. Hamme);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen:**  
Badbergen, Walsrode (Streiks), Buxtehude (Sperren über Plieschke und Spark), Wolfenbüttel (Sperren über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer), Bremen (Sperre über v. Hof in Hame-lingen);

**Westfalen und Rheinland:**  
Düsseldorf (Streik in Ratingen);

**Fliesenleger:**  
Göln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn);

**Isolierer und Steinholzleger:**  
Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82).

### Oesterreich:

Fola (gesperrt).

### Schweiz:

Winterthur (Streik).

### Frankreich:

Paris (Differenzen).

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übermitteln:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Anßerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 7. bis 12. März für folgende Mitglieder erteilt:

- Heinr. Voh-Gamburg, 26 799; Ernst Berndt-Bremerhaven, 56 023; H. Abraham-Gamburg, 200 432; Ferd. Holz-Gülfen, 62 685; Karl Gläser-Markranitz, 86 262; W. Marien-Wolgast, 199 636; D. Harnisch-Sänger-Lausen i. B., 422 570; Gg. Engel-Sonneberg i. Lh., 101 215; W. Müller-Wolfenbüttel, 228 882; G. Förber-Gaffel (Frau), 120 157; Fritz Wolffenbüttel-Grauberg (Frau), 132 655; Frz. Steintraube-Thorn (Frau), 127 589; Paul Ungers-Frankfurt a. b. O. (Frau), 95 253; J. Faltermann-Mannheim (Frau), 140 568; Ernst Berger-Magdeburg (Frau), 209 649; Karl Liebig-Dresden (Frau), 89 933; Frdr. Gräfe-Altenburg (Frau), 50 877; W. Peteren-Hamburg (Frau), 136 509; J. Kugel-Breslau (Frau), 16 618; G. Fein-Sorau (Frau), 247 702; Fr. Budmann-Berlin (Frau), 1184; D. J. König-Halle (Frau), 207 872; Fr. Hirsch-Hamburg (Frau), 27 379; W. Müller-Göhrich (Frau), 419 613; Herm. Gärtner-Dresden (Frau), 438 149; B. Zimmer-Dresden, 144 999; S. Stieglitz-Gaffel, 58 541; K. Kold-Gaffel, 334 227; Chr. Fricke-Lungenstein, 213 596; W. Geisler-Bunzlau, 57 373; Fr. Schwarz-Reschtau, 121 987; J. Webermann-Mannheim, 199 046; J. Dieb-Mannheim, 282 282; G. Wolf-Riet, 115 938; S. Strobel-Weißburg, 274 419; Jac. Quenzler-Münster, 151 694; K. Kleppig-Mositz, 274 641.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher bezw. Karten der Kollegen G. Zimmer-Berlin (Verb.-Nr. 7256), Wilh.-Uster-Braunschweig (13 488), Hermann Schöne-Dresden (19 016), Georg Spring-Dresden (19 905), Ant. Dietrich-Mainz (41 278), Herm. Grüner-Magdeburg (41 663), Seimr. Röhbe-Magdeburg (41 766), W. Botzarski-Berlin (56 520), Seimr. W. Müller-Wolfenbüttel (57 174), Gust. Lange-Bohum (64 554), K. Abichinski-Grauberg (74-257), Wilhelm Krüger-Bohum (95 058), K. Niechlich-Belzen (105 740), W. Neumann-Erfurt (113 943), W. Schillingen-Göln (129 166), J. Baglonski-Essen (174 011), Adam Jopp-Büdingburg (195 568), Joh. Schindler-Hamburg (204 224), Em. Steffen-Hamburg (204 275), Hermann Meyer-Erdeboru (238 857), Gust. Siegel-Düsseldorf (209 772), Arn. Silgers-Greifeld (265 848), Otto Mettin-Galle (269 591), Franz Tritta-Erfurt (267 280), Fr. Andrich-Berlin (426 243) außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Friedrich Wittmann-Frankfurt a. M. (0196), Fr. Buchalla-Glas (1809), Karl Walter-Gera (9523), Friedr. Werner-Magdeburg (10 751), Herm. Geisler-Stade (20 899), Rob. Mayer-Stuttgart (81 751), Luigi Toffi-Metz (021 722), Jos. Schilling-Hof (017 867), Heimr. Bepf-Berlin (021 702), Franz Habbe-Essen (022 027), Willi Blume-Damberg (023 245), Willi Rohde-Berlin (025 091), Joh. Krufer-Münster (029 777), Fr. Bergmann-Büdingburg i. B. (032 255), Walter Eppohr-Staßfurt (033 544), Wilhelm Kogel-Berlin (033 745), K. Schumm-Essen (033 432).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37a des Statuts vom Zweigverein Königberg i. Pr.: Karl Schumann (Verb.-Nr. 081 075); Martrankfurt: Albert Mathias (018 614); Meerane: Oskar Gehner (126 920); Dsmünde: Otto Seine (98 707); Zondern: Robert Künze (167 781). NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände. Jahresabrechnungen.

**Gau Leipzig.**

Einnahme.	
Kassenbestand am 1. Januar 1909	M. 7659,46
Vom Verbandsvorstand nach § 7a des Statuts	" 4086,06
Beiträge der Zweigvereine	" 4109,—
Zinsen vom Jahre 1908	" 280,—
<b>Summa</b>	<b>M. 16134,52</b>
Ausgabe.	
Beamtengelt	M. 4460,08
Entgangener Arbeitsverdienst	" 7,96
Diäten	" 2350,50
Fahrtgeld	" 1368,50
Miete, Feuerung, Beleuchtung, Bureaureinigung,	
Bureaukosten	" 702,28
Drucksachen	" 56,—
Porto und Schreibmaterial	" 201,45
Versicherungsbeiträge	" 105,98
Vorstandsgehälter	" 22,50
Schriften und Zeitungssubskriptionen	" 28,14
Revision	" 9,76
Zuschuß zur Agitation:	
a) an das Zentralkomitee der Gewerkschaften in Sachsen	" 10,—
b) für Blauen	" 50,—
Rechtsanwaltskosten	" 9,25
Kranzpenden für die Kollegen Stangin u. Effinger	" 24,10
<b>Summa</b>	<b>M. 9406,49</b>

**Ab schluß.**

Einnahme	M. 16134,52
Ausgabe	" 9406,49
<b>Kassenbestand</b>	<b>M. 6728,03</b>

**Vermögensausweis.**

Bei der Sparkasse angelegte Gelder M. 6600,—  
Bar in Kasse vorhanden " 128,03  
**Summa** M. 6728,03

Leipzig, den 7. Januar 1910.

Wilhelm Verthoff, Kassierer.

Die Revisoren:

Herrn Busch, Ernst Giesig, Fr. Bauersfeld.

Gau Lübeck.

Einnahme.

Kassenbestand am 1. Januar 1909	M. 888,18
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
an Beiträgen auf Grund der Statuten	" 2274,26
Zuschuß	" 2025,74
Beiträge der Zweigvereine	" 782,45
Sonstige Einnahmen	" 60,40
<b>Summa</b>	<b>M. 5531,03</b>

Ausgabe.

Beamtengelt	M. 2400,—
Diäten	" 1365,—
Fahrtgeld	" 1078,75
Drucksachen	" 8,60
Porto und Schreibmaterial	" 204,47
Eigungen	" 46,—
Versicherung des Vorstehenden	" 45,36
Sonstiges	" 67,23
<b>Summa</b>	<b>M. 5205,41</b>

Ab schluß.

Einnahme	M. 5531,03
Ausgabe	" 5205,41
<b>Kassenbestand</b>	<b>M. 325,62</b>

Lübeck, den 3. Januar 1910.

H. Mischel, Vorstehender. W. Siemann, Kassierer.

Die Revisoren:

H. Steen, J. Jarchow, G. Bese.

Gau Magdeburg.

Einnahme.

Kassenbestand vom Jahre 1908	M. 7722,53
Beiträge vom Verbandsvorstand	" 4773,75
Beiträge der Zweigvereine	" 1667,50
Sonstige Einnahme	" 203,27
<b>Summa</b>	<b>M. 14367,05</b>

Ausgabe.

Beamtengelt	M. 2500,—
Entgangener Arbeitsverdienst	" 189,78
Diäten	" 1641,80
Fahrtgeld	" 1396,56
Bureaukosten, Feuerung, Reinigung, Licht usw.	" 480,24
Drucksachen	" 108,97
Porto und Schreibmaterial	" 156,88
Sonstiges	" 222,62
<b>Summa</b>	<b>M. 6636,84</b>

Ab schluß.

Einnahme	M. 14367,05
Ausgabe	" 6636,84
<b>Bestand</b>	<b>M. 7730,21</b>

\* Von den per Bank belegten rund M. 7000 sind die Zinsen nicht abgehoben und konnten demzufolge in die Einnahme nicht mit eingestuft werden.

Zaluz Koch, Vorstehender.

Gau Mannheim.

Einnahmen.

Kassenbestand	M. 1874,37
Umsatz an den Beiträgen	" 8884,95
Zuschuß aus der Hauptkasse	" 400,—
Beiträge der Zweigvereine	" 1349,60
Sonstige Einnahmen	" 1,22
<b>Summa</b>	<b>M. 7010,14</b>

Ausgaben.

Gehalt	M. 2600,—
Entgangener Arbeitsverdienst	" 866,25
Diäten	" 1648,20
Fahrtgeld	" 1080,20
Bureaukosten usw.	" 284,75
Drucksachen	" 217,88
Porto und Schreibmaterial	" 243,90
Sonstiges (Versicherung, Kränze)	" 61,—
<b>Summa</b>	<b>M. 6482,18</b>

Ab schluß.

Einnahme	M. 7010,14
Ausgabe	" 6482,18
<b>Bestand</b>	<b>M. 527,96</b>

R. Horter, Vorstehender.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

**Berlin.** (Sektion der Gips- und Zementbranche - Jahresbericht.) Die Sektion hielt am 2. März ihre Jahresversammlung ab, in der der Vorstehende Gause den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1909 gab. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: In den ersten vier Monaten des Jahres 1909 hatten die im Gips- und Betonbaugewerbe von Groß-Berlin beschäftigten Arbeiter unter der andauernden schlechten Konjunktur durch große Arbeitslosigkeit zu leiden. Von 1322 befragten Mitgliedern waren bei der Arbeitslosenzählung am 30. Januar insgesamt 755 gleich 57,11 pzt. arbeitslos. Am 27. Februar waren von 1267 befragten Mitgliedern 677 gleich 63,43 pzt. arbeitslos. Im März betrug die Arbeitslosigkeit noch 21,21 pzt. von 1188 befragten Mitgliedern. Dem ging die Zahl stetig zurück, um im August und September die niedrigsten Prozentsiffern von 6,59 pzt. von 1320 im August und 6,00 pzt. von 1425 im September befragten Mitgliedern zu erreichen. In den Sommermonaten setzte eine lebhaftere Bautätigkeit ein, die für alle Kollegen eine bessere Arbeitsgelegenheit brachte. Hauptächlich im Betonbaugewerbe wurden mehrere große Bauten in Eisenbeton ausgeführt und die Nachfrage nach Arbeitskräften im August und September überstieg sehr häufig das Angebot. Die Agitation, die auf den Baustellen mit Beginn der Bautätigkeit entfaltete wurde und die sich vornehmlich auf die Gewinnung neuer Mitglieder und die Stärkung der Organisation erstreckte, brachte wesentliche Erfolge, ohne daß diese jedoch ganz befriedigen können. Im Schlusse des Jahres 1908 betrug die Mitgliederzahl der Sektion 1240. Am Schlusse des Jahres 1909 erhöhte sich diese Zahl auf 1705. Hieron entfallen auf die Gruppe der Radspitzer 435, Radspitzer 255, Träger 119, Zementier 151, Einjähriger 290, und auf die Hilfsarbeiter 375 Mitglieder. Auf Grund einer Resolution, die auf der am 5. und 6. April in Berlin abgehaltenen Zementiererkonferenz angenommen wurde, ist vom Sektionsvorstand die Organisation der Hilfsarbeiter im Betonbaugewerbe mit Nachdruck betrieben worden. Diese Organisationsarbeit war jedoch nicht leicht, da unter den Hilfsarbeitern im gesamten Baugewerbe von Groß-Berlin der Organisationsgedanke nur schwer wieder Eingang findet. Zur Agitation und zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten der Sektion wurden 7 Generalversammlungen, 12 Gruppen-, 40 Bezirks- und 46 Firmenversammlungen abgehalten. Außerdem fanden eine Versammlung sämtlicher Funktionäre der Sektion sowie 15 Vorstand-, 6 Obsteu- und 51 Bezirksversammlungen statt. Zur Abwehr gegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden drei Sperren (gegen die Firma Baugesellschaft, Transvaalstraße, Zwoischenunternehmer Matalovski, das Betonbaugeschäft J. C. Reinde & Co., Stettin, und die Radspitzerfirma A. Wildhagen) geführt. Die Sperre gegen die Firma Reinde & Co. ging verloren, während die andern beiden Sperren mit Erfolg endeten. Die Unkosten dieser Sperren betragen M. 965,10. Am 20. September stellten die Einjähriger bei der Firma M. Garnitoni & Co. die Arbeit ein und forderten eine Lohnzulage von 5 s pro Stunde. Die Firma verwies die Einjähriger an die Organisation und berief sich auf den bestehenden Tarifvertrag. Der Vertreter der Firma erklärte der Kommission der Einjähriger, daß die Firma nicht abgeneigt sei, den Lohn aufzubessern, wenn von der Organisationsleitung der Schlichtungskommission ein dementsprechender Antrag unterbreitet und von dieser angenommen würde. Nachdem sich dann eine Sitzung der Schlichtungskommission mit dieser Arbeitsstellung befaßt hatte, beschloßen die Einjähriger am 22. September auf Anrufen der Organisationsleitung, die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufzunehmen. Der Arbeitsnachweis der Sektion wurde von den Unternehmern infolge der lebhafteren Bautätigkeit mehr in Anspruch genommen als im Jahre 1908. Als arbeitslos ließen sich 3017 Kollegen eintragen. Stellen wurden 2125 gemeldet davon sind durch den Nachweis 1988 besetzt worden. Im Jahre 1908 konnte nur für Stellen wurden 2125 gemeldet, davon sind durch den Nachweis 1988 besetzt worden. Im Jahre 1908 konnte nur für 777 Kollegen Arbeit vermittelt werden. Bei den 1908 be-

legten Stellen kamen in Frage 429 Radspitzer, 326 Radspitzer, 274 Träger, 100 Zementierer, 487 Einjähriger und 303 Hilfsarbeiter. Ein Antrag des Sektionsvorstandes, dem § 4 des Regulativs zum Arbeitsnachweis folgende Fassung zu geben, wurde von der Versammlung angenommen: "Wird jemand ohne sein Verschulden, nachdem er zwei Tage nach der Vermittlung gearbeitet hat, wieder entlassen, und melbet er sich innerhalb dieser Frist im Arbeitsnachweis zurück, so bleibt derselbe unter der Nummer eingeschrieben, unter der die Einschreibung und Vermittlung das erste Mal erfolgte." - Im Anschluß an den Bericht zum Arbeitsnachweis ermahnte Gause die Mitglieder, den Nachweis mehr zu benutzen, sowie dafür zu sorgen, daß derselbe nicht durch Vermittlung von Kollegen geschädigt wird, die jede Art Arbeit annehmen, ohne daß sie imstande sind, diese auch auszuführen und demzufolge kann vom Unternehmer gleich wieder entlassen werden. Daraus erkaufte Gause den Kassenbericht vom vierten Quartal 1909. Die Einnahme betrug M. 18 190,87 (inkl. des alten Bestandes von M. 6491,67), die Ausgabe M. 11 432,30, bleibt ein Bestand von M. 6758,57. Aus der Jahresabrechnung der Sektion geht folgendes hervor: Die Gesamteinnahme beträgt M. 47 667,47 (inklusive des Kassenbestandes vom Jahre 1908 von M. 10 447,47), die Ausgabe M. 40 908,80, bleibt am Schlusse des Jahres ein Bestand von M. 6758,67. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: An den Zweigvereinskassieren für Beiträge, Streifenbeiträge und Protokolle abgefordert M. 29 634,70, für Unterhaltung an Gemahngelde, an Mietausgesperrte und für Baupersonen M. 8533,05, für 3510 Arbeiter noch darauf hin, daß die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Arbeiter ebenfalls in den drohenden Kampf im gesamten Baugewerbe hineingezogen werden und ersuchte die Mitglieder der Sektion, mit ganzer Kraft die Agitation auf den Baustellen zu betreiben. Gleichgültig stellte er mit, daß die Mitglieder des Verbandes der Beton- und Eisenbetonbaugesellen dem Verband der Baugesellen als Mitglieder beigetreten sind und nun mit dem im Betonbaugewerbe beschäftigten Arbeitern seinen eigenen Tarif mehr abschließen werden, sondern diese Branche mit den übrigen Baubranchen in einem Tarif verbinden wollten. - An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion. Bemängelt wurde, daß der gedruckte Geschäftsbericht nicht allen Mitgliedern vor der Versammlung zugehelt wurde. Ein Antrag, der dem Vorstand empfohlen, den Geschäftsbericht unter allen Umständen früher fertigzustellen, damit die Vorstandsbücher vor Beginn des neuen Geschäftsjahres fertigstellen können, wurde angenommen. Ein Antrag der Revisoren, dem Kassierer Dehage zu erteilen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen und zugleich der gesamte Vorstand entlastet. Zum Sektionsvorstehenden wurde der Kollege Gause mit 200 von 292 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. - Im Anschluß an den Bericht machte wir die Mitglieder auf die am 22. März stattfindende Bauteilkontrolle aufmerksam. Die Kontrolle wird wiederwie im Jahre 1908 durch Umfrage in den Wohnungen der Mitglieder vorgenommen. Im Interesse der Organisation ist es unbedingt notwendig, daß jeder Kollege den Fragebogen richtig ausfüllt und die Fragen wahrheitsgetreu beantwortet.

**Coblenz.** (Jahresbericht.) Auch im verfloffenen Jahre war hier eine äußerst geringe Bautätigkeit, weshalb einzelne Unternehmer beunruhigt, sich um die Zahlung des arbeitslosen Lohnes zu drücken, so daß wir verschiedene Male recht energig eingreifen mußten, um in diesem Punkte Ordnung zu schaffen. Bei den Unternehmern häufig und fr. Sprung waren wir sogar genötigt, das Gewerbegericht in Anspruch zu nehmen. Während letzterer es vorzog, vor der Verhandlung die Angelegenheit zu ordnen, mußte dieser durch Urteil gezwungen werden, den Tariflohn zu zahlen. Ein ständiger Gast am Gewerbegericht ist der Unternehmer Caspari (Blattengeschäft), bei dem der Tarifbruch schon chronisch geworden ist. Sein Kollege erlief bei dieser Firma ohne Kraß oder Anspruchnahme des Gewerbegerichts den Tariflohn. Caspari mußte im Berichtsjahre durch Sperren gezwungen werden, den Tariflohn zu zahlen; aber trotzdem kommt es nach wie vor zu Klagen beim Gewerbegericht. Zwei Kollegen, die verschiedene Male vergeblich auf ihren Lohn gewartet hatten und nun in etwas erregter Weise ihr Geld forderten, zogen sich noch eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu und wurden zu je M. 5 Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Wir denken, daß damit die Firma bei den Blattentlegern genügend empfinden ist. - Auch in Ems und Umgegend versuchen wir, für die Kollegen bessere Verhältnisse zu schaffen. Leider aber fielen es gerade die in Ems wohnhaften Kollegen nicht für notwendig, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. In früheren Jahren sagten sie immer: Wir sind durch die Niedrigkeit der "Bauern" nicht in der Lage, unsere Verhältnisse einer Besserung zu unterziehen, da diese um jeden Lohn arbeiten. Im Frühjahr des Berichtsjahres haben nun die Kollegen aus der Umgegend durch Arbeitsentstellung den Beweis für das Gegenteil erbracht. Die "Bauern" wollten für den Hungerlohn, der in dem teuren Wadecort Ems gezahlt wird, nicht mehr arbeiten. (Der Lohn beträgt dort 32 bis 38 s pro Stunde bei eifrigerer Arbeitszeit.) Da waren es gerade die Enser Kollegen, die sich feige zurückzogen und forderten Arbeitswilligkeitsdienste jegliche Verbesserung unmöglich machen. Wenn sie einmal den Hungerriemen bis ins letzte Loch geschnallt haben werden, dann werden sie sich auch eines Besseren besinnen und mitarbeiten an der Verbesserung ihrer eigenen Lebenshaltung. Lange kann das nicht mehr dauern; denn ein solcher Lohn reicht nicht einmal zum Selbsthalten. - Durch die allgemein schlechte Bautätigkeit war auch das Verbandsleben nicht so, wie es hätte sein müssen. Die Kollegen haben zum großen Teil im Berichtsjahre die alte Gleichgültigkeit behauptet. Erst nachdem im Herbst auf der Baustelle des Unternehmers Göbel ein Kollege an seine Pflicht erinnert wurde und dadurch ein Kollege gemahngelt sowie weitere Maßnahmen angeordnet wurden, besannen sich die Kollegen auf ihre Pflichten und setzten sich energig zur Wehr. Der Vorteil blieb denn auch nicht aus; die Sperre endete mit vollem Erfolge. Im neuen Jahre scheinen die Kollegen etwas regsammer zu werden. Dies hat seinen Grund in zwei Ursachen. Erstens wird die Bautätigkeit im laufenden Jahre etwas lebhafter und zweitens haben wir nun

1. April an vertraglich 2 1/2 Lohn mehr zu erhalten. Da nun trotz vertraglicher Festlegung immer erst um die Erhöhung des Lohnes gestritten werden mußte, so sind die Kollegen in diesem Jahre der Meinung, daß ein energisches Eintreten für unsere Organisation die vertraglich festgesetzte Lohnerhöhung eher sicher als die Gleichgültigkeit, mit der diese Frage bisher behandelt wurde. Im Berichtsjahre haben 10 Mitgliederbereitschaften (darunter drei Generalversammlungen), neun öffentliche Versammlungen und 17 Sitzungen des Vorstandes stattgefunden. Neu eingetreten sind 194 Kollegen (davon waren 28 schon einmal Mitglieder), zugereist sind 46, abgereist 204, ausgetreten 11, gestorben 2, zum Militär eingezogen 13 und wegen Beitragsrückständen getrennt 27. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 435. Die Jahreseinnahme für die Hauptkasse betrug M 6097,25, die Ausgabe M 6077,81. An Reiseunterstützung wurde gezahlt M 259, an Rechtschutz M 42,30, an Gemäßregelunterstützung M 241,37, an Sterbegeld M 112,50, an Krankegeld M 462,50 und für Streiks und Spenden M 776,99. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 5049,03, die Ausgabe M 4488,93, mithin ist der Bestand M 560,10. In der Generalversammlung am 20. Februar wurde der alte Vorstand fast vollständig wiedergewählt. Auch wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag gemäß dem Verbandsratsbeschlusse um 10 % zu erhöhen. Im Vorhinein haben wir somit 65 % und vom 1. April ab auf Grund der Lohnerhöhung 70 % Beitrag zu entrichten. Am aber eine zweimalige Beitragserhöhung (am 1. März und am 1. April) zu vermeiden, beschloß die Generalversammlung einstimmig, den Beitrag vom 1. März an gleich auf 70 % pro Woche zu erhöhen.

**Gesetzliche.** (Das „freie“ Versammlungsgesetz in schwarzen Ländern.) Nach jahrelangen Kämpfen und Mühen war es den freien Gewerkschaften und unsern Parteigenossen in Gladbeck i. W. vor zwei Jahren gelungen, das Total des Wirtes Räder zu Versammlungen und zur Wahrnehmung ihrer sonstigen Interessen zu erhalten. Hatte sich unsere Bewegung schon beim früheren Totalmangel und den sonstigen Schikanen ziemlich gut entwickelt, so waren die Fortschritte von der Zeit an, wo uns ein geeignetes Versammlungstotal zur Verfügung stand, geradezu als glänzende zu bezeichnen. Da bei solcher Sachlage der Wirt bei den genannten Lokale äußerst rege war, hat sich hierbei auch der Wirt Räder sich nicht schlecht gefanden, und unsere Gewerkschafts- und Parteifreunde nahmen wohl ausnahmslos an, daß nunmehr die Zeit der Drangsalierungen wenigstens nach dieser Richtung hin vorüber sei. Doch mit des schwarzen Landes schwarzen Wirtchen ist kein ewiger Wund zu fledten, kann man auch hier sagen. Vor einigen Wochen erklärte der Wirt Räder, zunächst unsern Parteigenossen, daß sie in seinem Lokale nicht mehr tagen könnten. Befragt, aus welchen Gründen er sein Lokal nicht mehr herbeige, kam er mit den bekannten Ausflüchten: man droht mit der Herabsetzung der Polizeigehälter, der Entziehung der Konzession und andern mehr. Wohl um sich seine Existenz zu erhalten, schien der Wirt Räder die Absicht zu haben, oder wohl richtiger, schien es ihm, gnädigst gestattet worden zu sein, den Arbeitergesangsverein und die Gewerkschaften weiter tagen zu lassen; aber auch diese haben das Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Verein als das empfinden, was es ist, nämlich als einen Faustschlag ins Gesicht der Arbeiter. Die Gewerkschaften erklärten sich mit dem sozialdemokratischen Verein solidarisch und verzichteten freiwillig auf das Weitertragen und gleichzeitig auch auf die Getränke dieses Wirtes. Es ist also über die Wirtschafft Räder in Gladbeck, wie wir schon in voriger Nummer mitteilen, der Boykott verhängt. Unsere Mitglieder, Gewerkschafts- und Parteifreunde, werden hoffentlich dafür sorgen, daß der Wirt keine Getränke, wenn er solche umsetzen will, selbst trinken muß; er wird ja dann sehen, inwieweit er dabei auf seine Rechnung kommt. Wenn dieser Hofenfuß von Wirt durch sein Vorgehen seine Existenz einbüßt, kann er sich bei seinen geheimen Wirtchen bedanken, deren Einfüsterungen oder auch Drohungen er ohne energischen Widerstand Folge geleistet hat. Unsere reisenden Mitglieder mögen besonders beachten, daß die Wirtschafft Räder in der Kaiserstraße in Gladbeck bis auf weiteres boykottiert ist. Unsere Freunde in Gladbeck mögen zeigen, daß die dortige Arbeiterbewegung trotzdem blüht und gedeiht.

**Angetretener Kassierer.**

Am 19. Februar wurde der frühere Vertrauensmann der Zahlstelle Birkdorf vom Zweigverein **Nürberg**, **Wischel Fidel**, wegen Unterschlagung von M 223 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt, der vier Monate beantragt hatte, hob bei der Begründung des Strafmaßes hervor, der Angeklagte habe einen schweren Vertrauensbruch begangen, indem er als Vertrauensmann das Vertrauen seiner Kollegen mißachtet und schwer verletzt und das ihm anvertraute Geld in leichtsinniger Weise verbraucht habe. Eine Entschädigung für seine Tätigkeit als Vertrauensmann im Betrage von M 6 könne ihm nicht zugesprochen werden, weil er seine Pflicht nicht erfüllt, sondern ehelos verheiratet. Da es sich um Arbeitergroßverbrechen handele, die sich Arbeiter zur Erlangung wirtschaftlicher Verbesserungen zusammenlegten, so sei dieser Fall um so schwerer zu beurteilen. Er bitte deshalb den Gerichtshof, den Angeklagten für ein solches Verbrechen exemplarisch zu bestrafen. Mildernde Umstände könnten dem Angeklagten nicht zugebilligt werden; denn die Handlungsweise gegen seine Kollegen sei gemein und niederrückig. Nur der Umstand, daß er ein offenes Geständnis abgelegt habe, habe ihn veranlaßt, keine höhere Strafe als vier Monate zu beantragen. — Hier hat sich endlich einmal ein Staatsanwalt befunden, der die niedere Handlungsweise solcher Art „Vertrauensleute“ gebührend charakterisierte.

**Zu unserer Arbeitslozenzählung.**

In dieser Nummer bringen wir das Ergebnis der Zählung im vierten Quartal. Wir unterlassen für diesmal eine erläuternde Besprechung, da eine solche, die nun das Zählergebnis vom ganzen Jahre würdigt, im Jahrbuche des Verbandes für 1909 erscheinen wird.

**„Sozialdemokratische Ethik.“**

Unter dieser Stichmarke bruden bürgerliche Blätter einen Brief des Hauptvorstandes unseres Verbandes an unsern Königsberger Zweigverein ab, in dem dieser mitteilt, daß er zwei Anträge auf Gewährung des Sterbegeldes für die Ehefrau des Mitgliedes A. L. auf Grund des Statuts abgelehnt habe. Die Sache befaßt sich kurz folgendermaßen: Der Kollege A. L. hat sich im Jahre 1907 in Königsberg von seiner Ehefrau getrennt, worauf diese zu ihrer Tochter nach Berlin übersiedelte. Als die Ehefrau nun vor einigen Wochen starb, verlangte sie sowohl die Tochter der Verstorbenen wie auch deren in Königsberg lebender Ehemann, unser Mitglied A. L., die Auszahlung des Sterbegeldes an dem Ehemann erfolgen müssen, wenn dieser mit seiner Frau bis zu ihrem Tode zusammen gelebt, für sie gesorgt und sie verpflegt hätte. Das hat er aber nicht getan, sondern er hat seine Frau verlassen und sich nie mehr um sie gekümmert. Die Ehe war also, wenn auch nicht formell und gesetzlich, so doch tatsächlich geschieden. Aus diesem Grunde konnte der Hauptvorstand dem Ehemann der Verstorbenen das Sterbegeld, das nur eine Unterstützung für die Bekleidung auf herkömmlicher Art ausgeben sein soll, nicht auszahlen. Der Tochter der Verstorbenen aber steht ein Recht zum Bezug irgendwelcher Unterstützung von unserm Verbandsüberhaupt nicht zu, ebensowenig wie unsern Hauptvorstand das Recht hat, irgendwem aus reinem Mitleid Unterstützung zu gewähren. Wenn sich einzelne Zeitungen noch besonders darüber entrienen, daß unser Verband auch in solchen Fällen Sterbegeld an die hinterbliebenen Ehegatten gab, so die Ehe nicht die kirchliche und staatliche Eantion erhalten hat, so ist das nichts weiter als die öbste Gemeinheit zu den blödsinnigen Schlußfolgerungen einiger Wänter zu sagen, halten wir nicht für notwendig.

**Internationale Maurerbewegung.**

**Oesterreich.**

Der Vorstand des österreichischen Mauerverbandes teilt mit, daß für Tirol und Vorarlberg ein besonderer Gau geschaffen wurde. Als Vorsitzender desselben wurde Kollege **Silvio Flor**, Innsbruck, Maximilianstr. 7, gewählt.

**Schweiz.**

Noch vor kurzer Zeit berichteten die **Winterthurer** Baumeister in behaglichem Tone, daß die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag zunehme und dadurch wohl der Streik für die Arbeiter in kurzer Zeit verloren sein werde. Unsere Kontrollen ergaben zwar kein Resultat, das in dieser Weise gedeutet werden konnte, trotzdem wurde alles aufgegeben, was den Zugang verhindern konnte. Ganz besonders wurden Arbeitsplätze für die Arbeitswilligen gesucht und diese zur Abreise bewegt. Maurer haben die Welt im Winter so gut wie keine gehabt, dahingegen gelang es, eine Anzahl läublicher Arbeiter für Erdarbeiten zu ergattern. Diese, zur Rede gestellt, erklärten, beim ersten warmen Sonnenstrahl das Eborador der Winterthurer Baumeister verlassen zu wollen. Und sie haben Wort gehalten. So arbeiten an dem 1/2 Millionenbau bei **Yodler & Co.** noch ganze 14 Mann. Das ist den Unternehmern natürlich nicht angenehm, und so richteten sie kürzlich eine Eingabe an die Behörden, in denen sie von schauerhaftem Exorzismus der „Streiker“ erzählten und verlangten, daß für Winterthur das Streikpostenflehen vollständig verboten werde. Der Winterthurer Stadtrat gibt sich denn auch zum Handlanger der Schrammacher des Baumeisterverbandes her und verbietet das Streikpostenflehen im ganzen Gebiete der Stadt. Die Arbeiter Winterthurs hielten darauf eine Massenversammlung auf dem Bahnhofplatz ab und machten einen Umzug durch die Straßen der Stadt. Das Streikpostenflehen wird nun in Zukunft anstatt von den wenigen Streikenden von der gesamten Arbeiterschaft bejorgt werden.

**Zentralkrankenkasse.**

(Grundstein zur Einigkeit!)

In der Woche vom 6. bis 12. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der k. k. Reichlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Epenid 400, Groß-Sabnebet 200, Halle a. d. S. 200, Pantow 200, Stigitz 200, Mühlendorf 200, Saarumnd 200, Schweinitz an der Elbe 150, Lüneburg 100. Summa M. 2350.

Zufühlich ertheilt: Lehm M. 200, Faubach 200, Gnyhagen 200, Deutsch Wisa 200, Brenden 120, Altendamm 100, Strasburg i. d. U. 100, Langendiebach 100, Langensalza 100, Wierd 100, Sagen i. Westf. 100, Eichen 60, Siefsturt 50, Wierhof 30. Summa M. 1660.

Altona, 12. März 1910.  
Karl Dieß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

**Vom Bau.**

**Unfälle, Arbeiterschutz, Submmissionen usw.**

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bancinträgen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Auf dem Neubau des Viktoriaspeichers in der Epenidstraße führt die Firma M. Garmont & Co. einen Automobilkahn in Eisenbeton aus. Am 4. März brach auf diesem Bau eine Betonlage in sich zusammen und begab zwei Arbeiter unter sich. Einer wurde nur leicht verletzt, dagegen mußte der Hilfsarbeiter **Bernhard Fierle** mit schweren inneren Verletzungen und Rippenbrüchen nach dem Krankenhaus geschafft werden. Zweitanere Arbeiter blieben im Eisengefäß hängen und

konnten sich ohne Schaden retten. Die Schuld an dem Einsturz ist auf mangelhafte Ausführung zurückzuführen. Zum Absteifen der 7 m hohen Weden wurden Handhölzer verwendet, die dreimal gestülpt und schließlich auch gar nicht abgestreift waren.

Dorfen. An dem im Umbau befindlichen Gasthause des Deionomiers **Badmeier**, führte am 7. März der Zimmerer **Johann Ert** circa 8 m hoch ab. Er fiel so unglücklich auf ein Petroleumfaß, daß er sich den rechten Oberschenkel und die Hügel der linken Achselfeite zerschmetterte, so daß er kaum jemals wieder arbeitsfähig werden dürfte.

Erfurt. Im Neubau der Unternehmer **Bingel** und **Konradi**, in der Andreasstraße, führte am 3. März bei der Ausführung der Kubarbeiten im Treppenhause infolge Desettes einer zur Kühlung verwendeten Klammer eine Gerüstleinbedeckung ein, wobei ein Maurer mit herunterfiel, der Verletzungen an Gesicht und Händen davontrug und erwerbsunfähig ist. Hierbei zeigen sich die Folgen der Unvorsichtigkeit, indem sich der Arbeiter nicht die Zeit nimmt, das zu verwendende Gerüstmaterial auf seine Brauchbarkeit zu untersuchen.

Sorff-Emscher. Hier führte am Sonntag, 13. März, vormittags 9 Uhr, das in der Alleestraße gelegene Germania-theater vollständig zusammen. Die Firma **Gebr. Leipold** führt zuerst auf dem Nachbargrundstück die Ausschachtungsarbeiten zu einem Neubau aus. Die leitende Person war **Johannes Leipold** selbst. Diefen Mann fehlt vollständig die fachmännische Kenntnis. Er ging mit seinen Ausschachtungen auf einer Länge von 12 m 30 bis 100 cm unter die Fundamentsohle des Germania-theaters, ohne die vorchriftsmäßigen Abstützungen und Strebungen vorzunehmen. Daß unter solchen Umständen der Einsturz des Gebäudes erfolgen mußte, leudtet jedem Laien ein, nur dem Unternehmer nicht. Wäre der Einsturz einige Stunden später erfolgt, so wäre es ein Massengrab gewesen. Dieefelbe Firma führt in Braut (Hofstraße) einen Neubau aus. Auch hier prüft die Ausschachtung allen Regeln der Baukunst gebr. Dieser Bau hat sich im ganzen so nach hinten gehöhrt, daß man den Einsturz bekommt, er müßte jeden Augenblick zusammenstürzen. Wo blickt hier die Bauvoelligkeit? Das tief hier für keine Augen? Nun, die hat mit der Ueberwadung unserer gemerkschaftlichen Versammlungen zu tun, wie sie uns am 6. März bemiefen hat.

Landsherg a. d. W. Am 12. März führten infolge Gerüstbruchs die Maurerlehrlinge **Gohle** und **Kupfch** aus einer Höhe von 7 m ab. Gohle, der schwer verletzt ist, mußte sofort nach dem Krankenhaus übergeführt werden, während Kupfch in einer Drochste unter Begleitung nach Hause transportiert wurde. Der Arbeiter **Wiefel** kam mit dem Schreden davon. Als das Unglück passiert war, war man bemüht, alles in bester Ordnung heraufzustellen, damit es ja nicht etwa dem Unternehmer und seinen Betreuen an den Kragen gehen kann. Hoffentlich wird für eine gerechte Untersuchung Sorge getroffen. An den Arbeitern liegt es aber, dafür zu sorgen, daß der Bauarbeiter in ganz anderer Weise ausgebaut wird, als er dies heute ist.

Regensburg. Am 9. März brach auf dem Neubau des Unternehmers **Wiel** in der Straubingerstraße, im Treppenhause das Gerüst zusammen. Drei der darauf beschäftigten Arbeiter wurden ungefähr 6 m mit in die Tiefe geschleudert. Während der eine der Abgestürzten mit dem Schreden davonkam und Sautabstürzungen im Gesicht und der Arbeiter **Kolbert** Brüllungen am Arm. Nach Anlegung eines Notverbandes wurden beide Arbeiter in Begleitung eines Mannes der freiwilligen Sanitätskolonne in ihre Wohnungen gebracht. Verurteilt wurde der Zusammenbruch durch die Verwendungs eines faßverfallenen Riegels. Ein Wunder ist es, daß auf diesen Bau bei dem schlechten Baumaterial nicht schon mehr Unglücksfälle vorgekommen sind. Der Unternehmer heißt fast den ganzen Tag auf dem Bau; er sieht, was für schlechtes Material auf dem Bau ist; doch fällt es ihm nicht ein, befferes zu beschaffen. Und wehe dem Arbeiter, der sich unterseht, eine Müßstange zu zerschneiden, um gute Riegel zu erhalten; er wird entlassen oder bekommt mindestens eine Portion Grobheiten. Der städtische Baukontrolleur fand auf dem Bau schon sehr oft Beanstandungen. Zweimal ließ er die Arbeit einstellen; aber dem Unternehmer ist seine hederliche Wirtschafft nicht abgesehen.

Burg. Am 10. März hatte sich der Bauunternehmer **Geinrich Scheer** von **Herzshelm** vor dem Schöffengericht in Oshenfurt wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde. Scheer erbaute im August vorigen Jahres in Giebelstadt eine Scheune. Am 9. August verunglückte der Maurer **Th. Jürlein** aus **Rimpar** dadurch, daß als er am Aufzugstrang eine hochgezogene Seile mit Steinen auf das hierzu angebrachte Bobel herangehen wollte; das Seil riß und Jürlein mit der Last herabstürzte, wobei er einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er heute noch arbeitsunfähig ist und wohl zeitlebens zu leiden haben wird. Der Unfall wurde noch begünstigt dadurch, daß das Bobel ohne jegliche Schutzvorrichtung (Brustwehr) nur sehr primitiv hergestellt war. Die Sachverständigen urteilten des Gewerkschafts-Maier und des Aufsichtsbekanten der hiesigen Bauwerksberufsgenossenschaft, **Welfer**, gingen dahin, daß der Unfall durch zwei Umstände hätte vermeiden werden können, nämlich einmal durch Verwendung eines guten Aufzugseiles (das im Gebrauch befindliche war alt und mocht), dann durch Anbringung eines Schutzgelenkes an dem traglichen Bobel. Beide zeigten an einem mitgebrachten Modell dem Gericht die außerachtgelassenen Schutzvorrichtungen. Das Gutachten des Bauunternehmers **Sania** aus Oshenfurt gestellte sich dagegen zugunsten des Angeklagten und auch die Aussage des berufsprüfungsmäßigen Schutzgelenkes nur ein Gindernis bei der Arbeit gewesen wäre (1). Der Amtsanwalt beantragte gegen **Scheer** M. 200 Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf M. 20 Geldstrafe. Scheer ist von der Berufsgenossenschaft wegen Uebertretung der Vorschriften schon wiederholt bestraft worden. Bekannt ist, daß es mit dem Bauarbeiterklub auf dem Lande allgemein sehr bestellt ist. Solange aber unsere Kollegen keine andere Stellung ein-

Strabeslofenführung im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 4. Quartal 1909.

A. Stadt Gumbelstein.

Table A: Strabeslofenführung im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 4. Quartal 1909. A. Stadt Gumbelstein. Columns include: Straßennummer, Bauart, etc. Rows list various streets like Berlin, Gumbelstein, etc.

B. Stadt Gröblichstein.

Table B: Strabeslofenführung im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 4. Quartal 1909. B. Stadt Gröblichstein. Columns include: Straßennummer, Bauart, etc. Rows list various streets like Berlin, Gröblichstein, etc.

C. Stadt Großbitten.

Table C: Strabeslofenführung im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 4. Quartal 1909. C. Stadt Großbitten. Columns include: Straßennummer, Bauart, etc. Rows list various streets like Berlin, Großbitten, etc.

nehmen, sehen sich auch die Unternehmer nicht veranlaßt, bessere Zustände zu schaffen.

\* Billiges Baumaterial. Von Jahr zu Jahr wird das Bauen, besonders in den Großstädten, teurer. Die Rohnerhöhung in der letzten Jahre, die Verteuerung der Baumaterialien und die vermehrte Transportkosten haben die Geseftungskosten wesentlich erhöht. In der Großstadt erstreckt sich fast das ganze Gebiet der Erde, die bei den Untersuchungen für die Fundamente ausgehoben wird, infolge des weiten Transportweges bedeutende Kosten. So kann es nicht wundernehmen, daß man darüber nachgedenkt hat, dem letztgenannten Umstande durch eine Verwertung der ausgehobenen Erdmassen an Ort und Stelle abzuhelfen. Nachdem man bereits daran denkt, das Feinmüll sowie die Rückstände von der Müllverbrennung als Baumaterial in Form von Ziegeln zu verwerten, ist es abschlut nicht ausgeschlossen, daß die Melbung von einem patentierten Verfahren zur Herstellung von Ziegeln aus Erde, obgleich sie aus Amerika kommt, auf Wahrheit beruht. Die Erfindung ist ein Geseftprodukt des Amerikaners L. W. Parfurst aus Indianerpolis und soll aus einem chemischen Verfahren bestehen, das in Verbindung mit einer elektrischen Vorrichtung besonderer Konstruktion an Ort und Stelle des Baues angewendet werden kann. Die erzeugten Ziegel sollen allen Ansprüchen in bezug auf Festigkeit, Dauerhaftigkeit und Unburchlässigkeit für Feuchtigkeit aus dem Grundwasser genügen. Abgesehen davon, daß das mühsame Verladen der ausgeschachteten Erde und überhaupt alle Transportkosten für das Erdreich fortfallen, erübrigen sich auch die Kosten für den Transport der aus dem Erdreich hergestellten Ziegel. Die Herstellungskosten sollen die geringe Summe von einem Dollar oder 4.20 für das Tausend Ziegel betragen, welcher Umstand das Bauen ebenfalls bedeutend verbilligen würde. Vorberhand haben sich angefehene Männer der Wissenschaft über die Ausfühbarkeit der Erfindung und über sie selbst in gütigstem Sinne ausgesprochen. Sofort nach Erteilung des angemeldeten Patentes soll das Geseftnis der neuen Erfindung, die geeignet ist, das Bauen bedeutend billiger zu gestalten, der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Es bleibt nur abzuwarten, ob sich jeder Baugrund zur Verfertigung der Ziegel eignen wird, oder ob die Erfindung nur für gewisse Erden verwertbar ist, so daß sie schließlich nur als eine Art der Kalkstoffsinterherstellung in die Erfindung tritt.

\* Submissionen. Man schreibt uns: Einige recht duftende Submissionsblüten treffen wir bei der Vergebung verschiedener Maurerarbeiten an der Eisenbahntrasse Essen-Weft-Oberhausen-Weft. Nach der Rheinisch-Westfälischen Arbeitszeitung für das Baugewerbe ergab sich folgendes niedliche Ergebnis: Eingelassen sind 26 Offerten. Der Niedrigstfordernde ist Eichhoff & Cie. aus Gattingen, a. d. Ruhr mit 38 855,90, der Höchstfordernde Friedr. Kaffen aus Münster mit 116 952,20. Der Unterschied beträgt 80 596,30, was bedeutet, daß der Geringstfordernde gegen den Höchstfordernden die Arbeit dreimal fertigstellen wollte und immer noch um 8 784,50 billiger war als die an zweiter Stelle stehende Firma. Für die Herstellung von zwölf Unterführungen und zwei Durchlässen an der Eisenbahn-Neubaustrecke Oberhausen-Gambrunn-Alfsm. B. x. l. wurden 43 Angebote abgegeben. Das niedrigste laute auf 115 944, das höchste auf 431 580. Der Unterschied beträgt 315 636. Diese Zahlen, deren letzte wir dem Oberhausener Generalanzeiger entnehmen, zeigen uns wieder einmal mit aller Deutlichkeit, welches Rohmaterial im Unternehmertum des Baugewerbes steckt. Dumm und brutal weiter kann es keine Kennzeichnung für diese Sorte Menschen geben. Und diesen Leuten soll die Arbeiterkraft, durch ihren famosen Vertagsentwurf wechlos ausgeliefert werden! Niemals wird dies eintreten dürfen. Hier zeigt es sich aber auch wieder recht kraß, daß es nicht die paar Pennnige Rohnerhöhung sind, die das Handwerk zugrunde richten, sondern die Unfähigkeit, die in den Kreisen dieser Leute herrscht. Der Schärfermacher Schmeidehaus würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er seine tolle Schärfermacher Aufgabe und seinen Bundesmitglidern das kleine und große Einmaleins erlernte.

Die Bautätigkeit im Jahre 1909.

Unsere Hoffnung am Schlusse des vorigen Berichtes, daß sich die Bautätigkeit im Berichtsjahre wieder heben würde, hat sich erfüllt, wenn auch nicht in dem gewöhnlichen Maße. Im Frühjahr war die Bautätigkeit in den meisten Orten sehr reg, so daß die Nachfrage nach Maurern nicht befriedigt werden konnte. Deshalb war es auch möglich, Kollegen aus Streiforten in großer Zahl unterzubringen. Sogar der Arbeitsnachweis der Unternehmer vermittelte aus Streiforten zugezogene Maurer und Baugewerbeten; wohl der beste Beweis, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot überstieg. Die Berichte aus den einzelnen Zweigvereinen lauten denn auch etwas günstiger als im vorigen Jahre; es ist aber auch daraus zu ersehen, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres wieder nachließ. Die Frage nach dem Stand der Arbeitslegenheit wurde von den Vereinen beantwortet:

Table with 5 columns: Quart, Gut, Mittel, Mau, Geseft. Rows for 1. Quartal, 2., 3., 4.

Die Frage, ob Kollegen von auswärtiger Arbeit erhalten könnten, wird im ersten Quartal aus zwölf Vereinen beantwortet, im zweiten Quartal aus sieben und im dritten und

vierten Quartal aus je vier Vereinen. Auch aus den Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Ziegelfonds ist eine Besserung ersichtlich. Der Gesamtabsatz an Ziegeln betrug in den ersten elf Monaten des Jahres 384 184 243 Stück gegen 345 302 524 im ganzen Jahre 1908. Der Bericht besagt weiter, daß alle Verkaufsvereine, mit Ausnahme von denen in Serne und Dortmund, ihre Bestände verkauft hätten. Der Verkaufsverein Dortmund, der seine Produktion auf 25 pzt. Beteiligung eingeschränkt hatte, hat von der ganzen Jahresproduktion noch nicht einen Stein abgesetzt.

Genaue statistische Zahlen sind leider im Industriegebiet schwer zu erhalten. Zusammenhängend werden sie meistens erst im April veröffentlicht. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Großstädte wie Bochum kein statistisches Amt besitzen. In Essen war die Bautätigkeit während der ganzen Krisenzeit recht reg; das blieb sie, auch im Berichtsjahre. Es wurden hier genehmigt: im Jahre 1907 488 Neu- und 160 Umbauten, 1908 353 Neu- und 125 Umbauten. In diesem Jahre wurden 1366 Baugenehmigungen erteilt, davon 658 für Wohn- und Geschäftshäuser, 160 für gewerbliche Anlagen und der Rest für An-, Umbauten usw. Davon sind in den ersten drei Quartalen nur fertiggestellt 234 Neubauten und 33 An- und Umbauten. Der größte Teil ist also noch in Arbeit oder noch gar nicht begonnen worden. Im Oktober 1908 waren in Essen vorhanden 14 629 Häuser mit 55 543 Wohnungen. Von diesen Wohnungen bestanden 1149 aus einem Zimmer, 16 954 aus zwei Zimmern, 17 485 aus drei Zimmern, 8091 aus sechs Zimmern, 4462 aus fünf Zimmern, 2847 aus sechs Zimmern und 4515 aus mehr als sechs Zimmern. Leerstehende Wohnungen waren vorhanden: von einem Zimmer 83 = 7,22 pzt., von zwei Zimmern 232 = 1,37 pzt., von drei Zimmern 189 = 1,08 pzt., von vier Zimmern 84 = 1,03 pzt., von fünf Zimmern 53 = 1,19 pzt., von sechs Zimmern 33 = 1,16 pzt. und von über sechs Zimmern 30 = 0,66 pzt. Insgesamt standen leer 704 Wohnungen = 1,27 pzt., dagegen im Oktober 1909 766 = 1,35 pzt. In diesem Jahre waren 228 Wohnhäuser und 799 Wohnungen hinzugekommen. Eine kleine Besserung der Wohnungsalamität ist also zu konstatieren. Ähnlich wie in Essen und oft noch weit schlimmer liegen die Wohnungsverhältnisse in den meisten Orten des Industriegebietes.

In Dortmund hat im Berichtsjahre eine Fählung der leerstehenden Wohnungen stattgefunden, jedoch ist das Resultat noch nicht bekannt gegeben. Die Bautätigkeit war auch in Dortmund, wenigstens im Frühjahr, bedeutend besser als im Jahre 1908. Im Herbst gab es dann aber wieder einen Rückschlag. Bauerlaubnisneigungen wurden hier 1102 erteilt, davon 813 für Wohn- und Geschäftshäuserneubauten. Das bedeutet eine Zunahme der Erlaubnisneigungen gegen das Jahr 1908 um 27, der für Wohn- und Geschäftshäuser um 24.

In Bochum ist ebenfalls eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Im Jahre 1908 wurden hier 546 Bauerlaubnisneigungen erteilt, davon nur 124 für Wohn- und Geschäftshäuser, im Jahre 1909 wurden 660 Bauerlaubnisneigungen erteilt, davon 232 für Wohn- und Geschäftshäuser und 41 für Gebäude industrieller Art. Vergleichende Zahlen, gegen das Vorjahr stehen leider nur wenige zu Verfügung. Aus den vorliegenden ist aber allerkennbar eine Besserung ersichtlich.

In Altona wurden 1909 47 Bauerlaubnisneigungen erteilt, davon 20 für Wohnhäuser (1908 52 bezw. 20), in Lüdenscheid 1908 239 Erlaubnisse, davon 21 für Wohnhäuser (1909 228 bezw. 37); im Amt Lüdenscheid 1908 113 bezw. 26 (1909 117 bezw. 51).

In den Berichten der Zweigvereins- und Zahlstellenverordnungen wird aus den meisten Orten des Gaus, Wohnungsverhältnisse festgestellt. Interessante Zahlen über die Wohnungsverhältnisse im Industriegebiet veröffentlicht auch der Westfälische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswezens. Hiernach entfallen a. B. Bewohner auf einen Haus bei ziemlich gleicher Einwohnerzahl der betreffenden Städte: in Warendorf 6,38, in Wetter 17,23, in Bocholt 6,77, in Wattenfeld 10,53, in Serford 9,58, in Lüdenscheid 20,08. Die ersten Städte liegen außerhalb des Industriegebietes. Als überflüssig bezeichnen die Statistik des obigen Vereins in Sappe 83 pzt. aller Wohnungen, in Gesehsberg 26,21, Sappro 25,67, Witten 25,09, Kiedlinghausen 24,73, Lüdenscheid 24,26, Serne 24,23, Bochum 24,20, Sörde 23,85, Wattenfeld 23,75 pzt. usw., so daß in den meisten Städten des Industriegebietes über 20 pzt. der Wohnungen überfüllt sind. Im Jahre 1908 lag die Privatbautätigkeit fast gänzlich darnieder. Kolonienbauten und sonstige gewerbliche Anlagen, meistens in kleineren Orten, boten einige Arbeitslegenheit. Im Berichtsjahre stützte sich die Arbeitslegenheit mehr auf die Privatbautätigkeit in den Großstädten; eine Folge des schärferen Uebergreifens der Krise auf die Eisen- und Kohlenindustrie.

Es scheint jedoch, als ob auch hier der Höhepunkt überwunden sei, so daß wir in diesem Jahre, wenn nicht alles trägt, mit einer sehr guten Bautätigkeit rechnen können.

Gau Frankfurt a. M.

In unserem Gau ist eine befriedigende Belebung der Bautätigkeit im Jahre 1909 nicht erfolgt. Im Vergleich mit dem Jahre 1908 ist zwar allgemein - das ist das Erfreuliche - eine, wenn auch nur geringfügige, Besserung eingetreten, doch bleiben wir von einer Ueberwindung der Krise noch sehr weit entfernt. Besonders in den größeren Städten war der Auftrieb sehr matt. Von den in Betracht kommenden Großstädten Cassel, Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden zeigte nur Frankfurt a. M., während des ganzen Jahres eine Belebung. Städtische und staatliche Arbeiten trugen in erster Linie dazu bei; dazu kamen Industrieanlagen im neuen Osthafengebiet, und sehr vorzüglich machte sich auch die private Spekulation für den Wohnungsbau wieder bemerkbar. In Wiesbaden erreichte die Konjunktur in der ersten Hälfte des Jahres erst den tiefsten Stand in dieser Krisenperiode, nachdem zwei schlechte Jahre schon vorausgegangen waren. In der zweiten Jahreshälfte trat dann eine erfreuliche Wende ein, die eine sehr erhebliche Erleichterung des Arbeitsmarktes brachte. In Cassel und Mainz blieb es bis zum Jahreschluss schlecht; ebenso in Coblenz, Darmstadt, Haffensburg, Gießen, Höchst a. Main, Somburg b. d. S.,

die Umgebung von Coblenz und Auerbach-Wensheim (an der Bergstraße). In Schwesig, Fulda, Hersfeld und Marburg war die Bautätigkeit mittelmäßig; eine wirklich gute Konjunktur hatten nur Diez-Limbach, Hanau, Offenbach a. Main, Korbach und Wehlau aufzuweisen. Ueber den ausgebehten rein ländlichen Teil unseres Bezirks läßt sich leider ein zuverlässiger Bericht nicht geben, weil uns hier die Ueberfahrt fehlt. Es kamen für dieses Gebiet rund 4500 kleinere Arbeiten in Betracht. Gewiß sind viele darunter, die eine gute Bautätigkeit gehabt haben, andere minder gute und wieder andere eine schlechte. Nach unseren eigenen Erfahrungen und nach den Berichten der Zweigvereine scheint eine mittelmäßige Konjunktur allgemein erreicht worden zu sein. Ueber die Art der Bautätigkeit sei folgendes gesagt: Recht lebhaft war die Produktion im Berichtsjahre für städtische und kommunale Zwecke. Die Anlagen für Wirtschaftsbetriebe aller Art dürften eine Zunahme erfahren haben. Umfangreicher werden alljährlich ferner die Aufwendungen (besonders der Gemeinden) für Geseftspflege und Bildungswezen aller Art, sowie die für Verkehrsweze.

Bedeutende Anlagen für gewerbliche und industrielle Zwecke sind in größerem Umfange nicht erfolgt. Die Industrie ist im Bezirk allgemein zu wenig entwickelt, um das Baugewerbe entscheidend zu beeinflussen. Nach den mehrjährigen schlechten Weimerten blieb auch in den Weinbaubezirken die Belebung bedeutend hinter den Erwartungen zurück. Auch in den relativ vielen Badeorten im Bezirk fehlt gegenwärtig eine größere Bautätigkeit, woran sowohl die allgemeine Wirtschaftslage wie auch die Ueberproduktion an Hotels schuld sein mag.

Die private Wohnungsbautätigkeit, das ausgebehteste Gebiet des Baugewerbes, hat sich im Berichtsjahre leider nicht in der erwünschten Weise erholt. Ferner, wo bleiben da weit hinter den früheren guten Jahren zurück. Die Folgen konnten nicht ausbleiben; in vielen Orten hat sich die Wohnungsnot verschlimmert. In Frankfurt ging die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Jahre 1908/09 um 1490 zurück. Eine ebenso starke weitere Verminderung ist auch im Berichtsjahre eingetreten, so daß besonders brauchbare kleine Wohnungen überhaupt nicht frei sind. Auch in Cassel ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen von 6,20 pzt. im Jahre 1907 bis Oktober 1909 auf 3,28 pzt. zurückgegangen. Ähnlich haben sich die Verhältnisse in andern größeren und mittleren Städten entwickelt. Aus diesen Gründen darf man erwarten, daß die Bautätigkeit im Jahre 1910 erheblich besser werden wird als sie in den beiden vorangegangenen Jahren war.

Gau Mannheim.

Wir können leider nicht wie andere Gawe berichten, daß eine Belebung der Bautätigkeit eingetreten sei. In der ersten Hälfte des Jahres trat eine kleine Besserung gegenüber dem Jahre 1908 ein, doch in der zweiten Hälfte stauete die Bautätigkeit ganz merklich ab. Es blieben nur wenig Orte übrig, wo der Beschäftigungsgrad einigermaßen zufriedenstellend war. Zu den letzteren Orten gehören Worms, Forstheim, Fahr und Saarbrücken. Eine kleine Besserung trat auch in Heidelberg ein. In Mannheim war die Bautätigkeit kaum mittelmäßig zu nennen; schlecht war sie in Wuchal, Karlsruhe, Raftadt, Offenburg, Freiburg und Waldkirch sowie in den pfälzischen Orten Ludwigshafen, Neustadt, Dürkheim, Landau und Lambrecht; um nicht vieles besser war sie in Speyer, Kaiserslautern, Birmaszen, Zweibrücken und St. Ingbert. Eine wirklich zuverlässige Verichterstattung über die Bautätigkeit ist uns nicht möglich. Statistische Vemerker haben wir heute nur in wenigen Städten; dazu gehören Mannheim und Karlsruhe. In Freiburg wird die Privatbautätigkeit eines Baugewerbeten benutzt. Die Bezirksämter haben über die Baugesuche zu entscheiden und müssen über deren Zahl wohl Buch führen, doch lehnen sie die Bekanntgabe der Zahlen fast einmütig ab. Nach der Zahl der beschäftigten Maurer ist allerdings gegen 1908 eine kleine Besserung eingetreten. Es wurden im Berichtsjahre 9081 beschäftigte Maurer gezählt, gegen 7716 im Jahre zuvor. Wir bleiben damit gegen 1905 immer noch um circa 2000 zurück. Die Holz- und Baufachzeitung veröffentlicht die eingegangenen Baugesuche. Darunter ist jedoch eine große Zahl von Scheinprojekten, so daß auch diese Veröffentlichungen kein wahres Bild der Bautätigkeit sind. In einer der ersten Nummern dieses Jahres stellt das Blatt fest, daß sich in letzter Zeit die Zahl der Baugesuche um 25 pzt. vermehrt hätte. Daraus wäre aus einer Besserung für 1910 zu schließen. Der Vorstand des badischen Arbeitgeberverbandes erklärt die Ursache der geringen Bautätigkeit in den badischen Städten in der Belastung des häftigsten Liegenschaftsbesitzes durch das badische Vermögenssteuer-gesez, besonders die Gemeinde- und Kirchensteuer trage schuld. (Bei der Gemeindesteuer wird der Schuldenabzug nicht gestattet.) Ansehend wird der jetzige Landtag die Härten dieses Gesezes mildern, wodurch auch in Baden der Weg für eine allgemeine Besserung frei würde. Es wird auch Zeit damit; denn in vielen Orten ist ein starker Wohnungsmangel vorhanden. Eine Ausnahme davon macht Mannheim. Hier kann man sehr deutlich die Wirkungen der Krisis auf den Wohnungsmarkt einer Großstadt erkennen. Es standen Wohnungen leer im Jahre 1907 396, gleich 1,07 pzt.; 1908 1002, gleich 2,59 pzt.; 1909 1270, gleich 3,16 pzt. Das Gegenteil von Mannheim zeigt Karlsruhe. Hier ist seit 1907 ein starker Rückgang der leerstehenden Wohnungen zu verzeichnen, wie folgende Zahlen zeigen. Es standen leer im Jahre 1906 852 Wohnungen, 1907: 825 Wohnungen, 1908 383 Wohnungen, 1909 326 Wohnungen. Das dürfte kaum 1 pzt. aller Wohnungen sein, so daß für Karlsruhe tatsächlich Wohnungsmangel besteht. Nicht besser ist es in Freiburg, wo nur 1,3 pzt. und in Frankenthal, wo 1,40 pzt. aller Wohnungen leer stehen. Auch in den Saarländern herrscht ein starker Wohnungsmangel. Für die Pfalz ist vor kurzem von dem Zentralwohnungsamt ein sehr ungünstiger Bericht über die Kleinwohnungen, an den bayerischen Landtag erstattet worden. Darnach ist zum Teil Mangel an kleinen Wohnungen, zum Teil sind sie in sehr schlechten baulichen Zuständen. An dem Wohnungsmarkt gemessen, müßte trotz einer lebhafteren Bautätigkeit ebenenfalls darf man wohl mit einer härteren öffentlichen Bautätigkeit rechnen. So sind bereits die Bahnhofsbauten

in Heidelberg, Durlach, Karlsruhe, Offenburg und Laß-  
dinglingen in Angriff genommen. Für die Bahnhofs-  
umbauten in Ludwigshafen, Landau und Kaiserlautern  
sind mehrere Millionen bewilligt. Für den Umbau der  
Ofen- und Umkleekabinen in Ludwigshafen wurde im  
bayerischen Landtag die erste Rate in Höhe von 4 100 000  
bewilligt. Die Stadt Ludwigshafen verwendet für Schul-  
hausbaugewerke 1 130 000, für die Kranichhausverwei-  
terung 4 425 000, für Errichtung einer Straßenbahnwagen-  
halle 4 300 000. Die Stadt Frankfurt erhält von der  
Verkehrsverwaltung für Wohnungsbauwerke 100 000.  
Die Stadt Worms beschäftigt sich mit dem Projekt einer  
Schlachthofanlage im Betrage von 1 400 000. In Mann-  
heim wird zurzeit der Grund zu zwei großen Schulhaus-  
bauten herausgemauert. Die Pläne zum Neubau eines  
Krankenhauses liegen zurzeit bei der Regierung zur Ge-  
nehmigung. Das Projekt dürfte 1910 noch in Angriff ge-  
nommen werden, ebenso der Bau einer Salsalbahnen  
von Mannheim nach Speyerheim. Auch in Karlsruhe sind  
zwei Schulbauten im Bau. Wenn sonach nicht alles  
läuft, dürfte mit dem Jahre 1910 auch im Gebiet des  
Saues Mannheim der Wendepunkt in bezug auf die Bau-  
tätigkeit allgemein eintreten. Das wäre für unsere Mit-  
glieder sehr erwünscht, die unter der schlechten Bautätig-  
keit natürlich sehr zu leiden hatten. Nicht allein, daß  
die Arbeitslosigkeit hart war, auch die Lebenslage vieler  
Unternehmer und ihrer Erbannten waren kaum zu er-  
tragen. Besonders arg war es in Mannheim. Hier glaubten  
die Unternehmer jedenfalls, unsere Organisation sei  
durch die Verformnisse im Jahre 1908 widerstandsunfähig.  
Die Antreiberer konnte kaum noch ertragen. Die Preise für  
Arbeitsarbeiten wurden trotz des Tarifes gedrückt. Die  
Behandlung spottete jeder Befriedigung. Viele wurden sich  
schuldig, doch andere hatten das Vertrauen zur  
Macht der Organisation nicht verloren, sie suchten und  
fanden auch Schuld bei ihr.

**Gau München.**

In den zwei größten Städten des Saues, München  
und Augsburg, herrschte eine sehr rege Bautätigkeit. In  
München konnte zeitweise die Nachfrage nach Maurern gar  
nicht gedeckt werden. Hauptächlich war dies in der zweiten  
Hälfte des Monats Juni der Fall, nachdem der Arbeit-  
geberverband nach einem Schiedspruch des Gewerbe-  
gerichts vom 15. Juni das Obligatorium des Ar-  
beitsnachweises (im Volksmunde Sclavenmarkt ge-  
nannt) aufgeben mußte. Die Arbeit hatte sich  
mächtig gehäuft, und obwohl in kurzer Zeit mehrere  
hundert Kollegen zugewandert waren, konnte der Bedarf  
an Maurern immer noch nicht gedeckt werden. Die gute  
Konjunktur hielt während des ganzen Herbstes an, und  
auch während der Wintermonate war die Zahl der arbeits-  
losen Kollegen verhältnismäßig nicht hoch. Die Privat-  
bautätigkeit war immer sehr rege, eine Folge des geradezu  
jämmerlichen Wohnungsmarktes, unter dem speziell die  
Arbeiterklasse schon seit Jahren bitter zu leiden hat. Auch  
die Stadterhaltung sah sich infolge der unhaltbaren Zu-  
stände veranlaßt, erhebliche Summen zur Herstellung von  
Kleinvohnungen in eigener Regie oder zur Förderung des  
Kleinvohnungsbauers zur Verfügung zu stellen. Ein Teil  
dieser Wohnungen ist bereits bezogen, während für 1910  
noch größere Neubauten in Aussicht stehen. Auch auf  
andern kommunalen und Staatsbauten war eine bedeutende  
Anzahl von Arbeitern beschäftigt. Der Aufschwung der  
Bautätigkeit spiegelt sich am besten wider in nachstehenden  
Vergleichszahlen. Es wurden errichtet:

Jahr	Neubäude	Reparatur- gebäude	Wied. gebäude	Selten- gebäude	Verbesserte Grundstücke qm	Wohn- ungen
1908	169	141	21	7	57363,1	1062
1909	243	206	84	3	68628,9	1676
	+74	+65	+13	+4	+11265,8	+614

Das Jahr 1910 wird für München ebenfalls eine sehr  
rege Bautätigkeit bringen. Die Wohnungsnot herrscht noch  
in wenig vermindertem Maße. Unter normalen Verhält-  
nissen sollen 3 pzt. aller Wohnungen leer stehen. Im  
Frühjahr 1909 waren es 0,63 pzt. gegenwärtig ist es ein-  
schließlich der erst am 1. April zu beziehenden Neubauten  
4 pzt. Schon jetzt Mitte Februar werden hauptsächlich an  
der Arbeiterseite der Stadt, die Vorarbeiten für eine  
große Bautätigkeit erledigt. Auch bedeutende Staats-  
und kommunalbauten werden zur Ausführung gelangen.  
In Augsburg war seit Ende April ebenfalls eine sehr rege  
Bautätigkeit vorhanden, die sich während des Sommer-  
es und Herbstes immer noch steigerte. Besonders waren es  
dort Genossenschaftsbauten zur Herstellung kleiner Woh-  
nungen. Auch Fabrikanlagen wurden gebaut. Der Staat  
steuerte durch Umbauten im Bahnhof und Errichtung  
eines Bahnhofsunterführungen zur Arbeitsbeschäftigung bei.  
Auch in Augsburg herrscht große Wohnungsnot. In Woh-  
nungen standen leer im Frühjahr 1909 0,44 pzt., gegen-  
wärtig 0,68 pzt. Kleinere Wohnungen sind dort fast gar  
nicht zu finden. Genau wie in München benutzten auch  
dort die Hausbesitzer die Gelegenheit, die Wohnungs-  
mieter in unerhörter Weise zu schädigen. Wie die Situa-  
tion zurzeit liegt, ist auch in Augsburg für 1910 wieder  
eine gute Konjunktur zu erwarten, wenngleich schon jetzt  
die Unternehmer alles aufbieten, die vorhandenen Bauten  
schnell fertigzubringen und weitere Arbeiten nicht mehr  
zu beginnen, bis die große Bewegung vorüber ist. Gut  
war die Konjunktur weiter noch in Lindau i. B., Bad  
Reichenhain und Wasserburg a. N. In Passau, Wilsbosen,  
Straubing, Freising, Alt- und Neudittling, Laufen, Fürsten-  
feldbruck und Holzheim war die Bautätigkeit sehr schwach.  
In allen anderen Orten war die Konjunktur mittelmäßig,  
wenigstens während der Bauzeit Arbeitslosse nicht  
vorhanden. Vor 19 Zweigvereine wurde berichtet, daß  
sich von Mai bis Oktober die Arbeitsbeschäftigung verbessert  
habe, während in fünf Zweigvereinen eine Verschlechterung  
eingetreten ist. Leider waren elf Zweigvereine wiederum  
zu lässig, um den Fragebogen des Autorverbandes aus-  
zufüllen und zurückzugeben. Von den Wohnungsverhält-  
nissen wird fast allgemein berichtet, daß sie schlecht sind,  
und daß Arbeiterwohnungen fast nicht zu erhalten sind.  
Bessere Angaben können leider nicht gemacht werden, da  
in den Kleinstädten keine Wohnungsstatistik geführt wird.

Die Aussicht für die kommende Bauzeit wurde von elf  
Zweigvereinen als gut, von neun als schlecht bezeichnet,  
während die übrigen Zweigvereine kein Urteil abgaben  
vermögen. Jedoch sei hier bemerkt, daß diese Angaben  
immer sehr unpräzise sind, da man in Kleinstädten und auf  
dem Lande Bauprojekte wie Staatsgebäude behandelt.  
In München und Augsburg wird trotz künstlicher Zurück-  
haltung der Arbeit durch die Sachverständigen die Konjunktur  
zweifellos gut werden, aber auch von den übrigen Orten  
und Gegenden können wir mit Bestimmtheit hoffen, daß  
die 1909 eingetretene Besserung anhalten und sich weiter  
entwickeln wird.

**Gau Nürnberg.**

Mit wenigen Ausnahmen läßt sich die Bautätigkeit  
auch in der zweiten Hälfte des Jahres als gut bezeichnen.  
Besonders in Nürnberg dürfte war die Konjunktur sehr  
gut, so daß bis Weihnachten alles normal beschäftigt war.  
In den Herbst- und Wintermonaten wurden noch oft  
Mauer durch Zeitungsanzeigen gesucht. Als Bauobjekte  
kamen neben Fabrikanlagen große Schulhäuser, drei Kirchen-  
bauten, die Neu- und Umbauten am Bahnhof und am  
ersten Jungfergebäude in Betracht. Die Gesamtzahl aller  
Baugelände, jedoch ohne solche, die Entwürfen be-  
treffen, betragen in Nürnberg im Jahre 1908 3276, im  
Jahre 1909 3495, also 219 mehr. Auf Vorberäuber ent-  
fielen davon im Jahre 1908 509 und im Jahre 1909  
516, also 7 mehr. Die Ausstattung der Vorberäuber  
scheint sich zu ändern; während nämlich im Jahre 1908  
noch 80 Sandsteinfassaden existierten, waren es im Bericht-  
sjahre nur 40. Vorkassaden hatten wir dagegen im Jahre  
1908 nur 427, im Jahre 1909 aber 500. Der Baufort-  
schritt wird nur selten angehalten. Wohnungen fanden  
bei: 1901 4,1, 1907 10, 1908 1,8 und 1909 2,9 pzt. Im  
übrigen Kreise Mittelfrankens mit den Städten Erlangen,  
Ansbach, Schwabach, Roth a. S., Lauf, Heroldsberg, Weißen-  
burg und Eichgraben war die Bautätigkeit mittelmäßig bis  
schlecht; für diese Orte sind auch keine guten Auskünfte  
vorhanden. In Bamberg war die Bautätigkeit nicht be-  
friedigend. Es wurden Wohnhäuser errichtet 1905 37,  
1906 36, 1907 39 und 1909 30. Im Berichtsjahre kamen  
hinzü der Wohnhausbau, die Errichtung einer Synagoge,  
einer Schule und die Erweiterung der Irrenanstalt. Woh-  
nungen wurden geschaffen 1906 164 (davon 48 Klein-  
wohnungen), 1907 182 (16), 1908 120 (41) und 1909  
147 (61). Mit Ausnahme von Bamberg war die Bau-  
tätigkeit im Kreise Oberfrankens gleichfalls gut; hier sind  
die Auskünfte auch für das Jahr 1910 günstig, wobei be-  
sonders in Weiskirchen im Hof a. d. S., Schwargen-  
bach a. d. S., Neuhau, Münchberg, Bayreuth, Marktredwitz  
mit seiner industriellen Umgebung, Culmbach und Jor-  
dheim. In den übrigen Orten des Kreises war die Bau-  
tätigkeit im zweiten Halbjahre mittelmäßig. Weniger  
günstig war sie im Kreise Unterfrankens, von dem vier  
Bezirksämter zum Gau Frankfurt a. M. gehören. Be-  
sonders in Würzburg und Schweinfurt galt die Konjunktur  
als schlecht, dagegen wurde in Bad Kissingen im letzten  
Herbst sehr viel gebaut, wobei bis zum Beginn der Wabe-  
saison alle in dortiger Gegend wohnenden Kollegen voll-  
ständig Arbeit finden dürften. Für die nächsten Jahre sind dort  
gute Auskünfte vorhanden, da Kissingen eine neue Bahn-  
verbindung erhält, wodurch mancherlei Arbeiten notwendig  
werden. In Lehr a. M. wird eine große Kreisirrenanstalt  
gebaut, für die ein Teil der Hochbauten in der nächsten  
Zeit vergeben wird. In Würzburg hatte die Bautätigkeit  
im Jahre 1909 ihren bisher höchsten Stand erreicht. Es  
ist ein großes Unbestätigtenstranienhaus zur Ausführung  
genehmigt; ob aber dieser Millionenbau im Jahre 1910  
noch begonnen wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.  
Der übrige Teil von Unterfranken ist meist ländlich, wo  
die Baukonjunktur als mittelmäßig galt, was auch im  
Jahre 1910 so bleiben dürfte. Gut war die Bautätigkeit  
im Kreise Oberpfalz. In Regensburg hat zwar infolge  
der Fertigstellung einer Raffinerie die Bautätigkeit etwas  
nachgelassen, aber die dort beschäftigt gewesenen Kollegen  
konnten anderweitig unterkommen. Gut war die Bau-  
konjunktur in Amberg, Schwandorf und deren Umgebung. Im  
Grafenbühl fanden infolge der vielen Hochbauten, die auf  
dem neuen Kaserplatz errichtet werden, baugewerbliche  
Arbeiter aller Art hinführend Beschäftigung. In  
Weiden war die Baukonjunktur zwar nicht gut, aber um  
so besser in dem nahegelegenen Neustadt a. d. W., in dessen  
Nähe eine große Kreisirrenanstalt gebaut wird. Im Jahre  
1910 kommt dem Baugewerbe folgender Umstand zugute.  
Bavern hat bekanntlich zweijährige Budgetperioden; gegen-  
wärtig lag das Landesparlament, das bereits eine Anzahl  
neuer Bauten der verschiedenen Ressorts genehmigt hat,  
die in den Jahren 1910 und zur Ausführung kommen.  
Ferner sind in vielen Industrieorten große Anlagen für  
Arbeiterwohnkolonien vorgesehen, die viele Arbeit  
bringen werden. In Nürnberg zum Beispiel hat die Bau-  
genossenschaft „Gartenstadt“ ein großes Baugelände er-  
worben, wozuf 2000 Wohnungen, meist Einzelwohnhäuser,  
errichtet werden sollen. Bis zum 1. Oktober 1910 sollen  
bereits 100 solcher Häuser fertiggestellt sein. Alles dies  
läßt darauf schließen, daß wir mit wenigen Ausnahmen  
im Jahre 1910 eine gute Baukonjunktur haben werden.

**Gau Oberschlesien.**

Im Gau Oberschlesien war die Bautätigkeit aufrieden-  
stellend. Im engeren Industriebezirk war sie mit Aus-  
nahme der Bezirke Antonienhütte und Laura hütte vom  
Mai bis Ende September gut, nur die Bezirkskonjunktur  
blieb in den Bezirken Antonienhütte, Rodolowitz, Laband,  
Laurahütte, Mysłowitz, Modiontau und Schoppinitz zurück.  
In dem in der Entwicklung begriffenen Industriebezirk  
Opbitz war die Konjunktur bis auf den Bezirk Lozial  
das ganze Jahr hindurch sehr gut, in Ratibor und Jarno-  
witz aufriedenstellend, in Cosel-Sandzin mittelmäßig und  
in den Randbezirken Groß-Strehlitz, Krappitz, Reobitz,  
Lubinitz, Neustadt und Büls schlecht. Im Vertragsgebiet  
stieg die Zahl der beschäftigten Mauer von 4200 im Juni  
auf über 4700 im August. In beiden Industriebezirken  
dürfte auch für 1910 eine sehr rege Bautätigkeit zu er-  
warten sein: Die Privatbautätigkeit wird, soweit augen-  
blicklich zu beurteilen ist, für 1910 gut werden; auch seitens  
der Industrien werden wieder Familienhäuser errichtet  
werden. Projekte für industrielle Anlagen, Neubauten und

Umbauten sind zurzeit noch nicht bekannt geworden. Ueber  
den Stand der leerstehenden Wohnungen läßt sich genaues  
nicht berichten, weil in dieser Hinsicht Material von den  
Bezirken nicht zu erlangen war. Daß aber in allen  
größeren Orten des Industriegebietes eine außerordentliche  
Wohnungsnot vorhanden ist, beweist, daß bei den im Jahre  
1909 zur Ausführung gelangten Neubauten die Ein-  
und Zweizimmerwohnungen bereits im Aufbau vermietet  
wurden.

**Gau Straßburg.**

In Straßburg war die Bautätigkeit während des ganzen  
Sommers ziemlich gut, hauptsächlich infolge einer großen  
Anzahl öffentlicher Bauten; nach Fertigstellung dieser Bau-  
ten stante sie gegen den Herbst ziemlich ab. Warum die  
Privatbautätigkeit nicht besser ist, ist nicht recht erklärlich,  
da die Wohnungsnot immer noch groß ist. Bei der letzten  
Zählung der leerstehenden Wohnungen wurden nur 368  
festgestellt, das sind 0,90 pzt. Im Juli 1905 wurden ge-  
zählt 916, Juli 1906: 929, Mai 1907: 766, Mai 1908: 667,  
Mai 1909: 392. Nun sind ja allerdings mehrere Neubauten  
fertig geworden, die größtenteils im April bezogen werden  
können; aber wesentlich beeinflusst wird dadurch der Woh-  
nungsmarkt nicht. Unter Berücksichtigung dieser Wohnungs-  
not, und unter weiterer Berücksichtigung des Geldmarktes  
ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Bauzeit  
wieder größer wird. Eine Reihe öffentlicher Bauten ist  
von der Stadt schon seit längerer Zeit beschlossen, die  
jedenfalls in diesem Jahre in Angriff genommen werden.  
Von einer Baugenossenschaft soll eine sogenannte Garten-  
stadt gegründet werden. Zunächst sollen 420 Wohnungen  
geschaffen werden. Da sie schon am 1. Oktober d. J.  
bezogen werden sollen, muß mit der Arbeit frühzeitig be-  
gonnen werden. In Mühlhausen wurden noch im Winter  
Arbeitskräfte verlangt. Die Wohnungsnot ist auch hier  
sehr groß. Leider haben wir keine Zahlen darüber; aber  
ein solches Zeichen ist auch das fortwährende Steigen der  
Mietpreise. Sogar die Stadterhaltung hat sich diesen  
Zustand zu nütze gemacht und in acht sozialer Fürsorge  
die Mieten für die städtischen Wohnungen ganz gewaltig  
gesteigert. Infolge dieser Wohnungsnot ist auch bestimmt  
damit zu rechnen, daß die jetzige gute Bautätigkeit für  
das ganze Jahr anfällt. Bei der Bauzeit sind dann  
auch sehr viele Privatbauten angeordnet. Von größeren  
Bauten seien der Bau einer Mädchenschule, ein Spitalneu-  
bau und ein Theaterumbau genannt. Ebenfalls steht  
mit Gewißheit fest, daß auch mehrere größere Geschäfts-  
häuser gebaut werden. In Metz war die Bautätigkeit  
ebenfalls bis in den Winter hinein sehr gut. Wenn nicht  
alle Anzeichen trügen, wird die Bautätigkeit im ganzen  
Jahre gut bleiben. In den Vororten ist der Umsatz in  
Bauplätzen sehr lebhaft geblieben. Die Stadt hat ebenfalls  
in letzter Zeit mehrere Gebäude aus Abbruch verkauft, an  
deren Stelle Neubauten errichtet werden. Weiter sind in  
der Nähe des neuen Bahnhofs einige große Baublocks ver-  
kauft, die mit Hotels und Geschäftshäusern bebaut wer-  
den sollen. Die Stadt selbst läßt mehrere große Bauten  
ausführen. In der Umgegend von Metz verpricht die  
Bautätigkeit ebenfalls recht lebhaft zu werden. In der  
Nähe von Montigny sollen Baarbeiten für militärische  
Zwecke ausgeführt werden; man spricht von ansehnlich  
Millionen, die verbaut werden sollen. Zwischen Gengen-  
dingen und Rombach wird ein großes Eisenwerk (Hoch-  
öfen) gebaut. Augenblicklich ist man mit dem Bau eines  
großen Zementwerkes beschäftigt. Diese Anlagen sollen  
sich bis zum Ende des Jahres ausdehnen. Wie verlautet, sollen  
die Rombacher Hüttenwerke ihr Aktienkapital auf 45 Millionen  
Mark erhöhen lassen. Durch die Entwidlung dieser Werke  
werden immer mehr Arbeiter herangezogen werden, was  
den Wohnhausbau notwendig beleben muß. In Eriex ist  
die Arbeitsbeschäftigung gegenwärtig nicht gut; viele Kol-  
legen sind arbeitslos. Wie es in der Zukunft wird, läßt sich  
noch nicht sagen. Auch in Eriex herrscht Wohnungsnot.  
Von der Stadt werden zwei Schulhäuser gebaut, was für  
eine Stadt wie Eriex immerhin von einiger Bedeutung  
ist. Schlecht war auch die Arbeitsbeschäftigung in Colmar,  
trotz der großen Wohnungsnot, über die fortwährend ge-  
klagt wird. Für die Zukunft haben wir gar keine Anhalts-  
punkte; fest steht nur, daß die Stadt eine größere Schule  
bauen will. Dagegen war in Ströck die Bautätigkeit sehr  
lebhaft. Sie wird auch wohl in diesem Jahre so bleiben.  
Bekannt ist bis jetzt, daß ein Schulhaus, eine große Fabrik  
und ein großes Warenhaus geplant sind. Ebenfalls sind  
14 Privatbauten zur Ausführung angeordnet worden.  
Auch in Ströck ist die Wohnungsnot groß. In der Um-  
gegend von Ströck, überhaupt im ganzen Miedeltal, scheint  
viel gebaut zu werden, ebenso in den übrigen kleinen  
Orten des Saues. Schul- und Kirchenneubauten werden  
von allen Gegenden gemeldet. Im allgemeinen war die  
Bautätigkeit also nicht schlecht, und sie verpricht auch in  
diesem Jahre gut zu werden.

**Gau Stuttgart.**

Gegenüber den beiden letzten Jahren hat sich die Bau-  
tätigkeit im Jahre 1909 wesentlich gehoben; sie kann als  
mittelmäßig bezeichnet werden. Ausreichende Arbeits-  
beschäftigung war vorhanden in Ebingen, Ehlingen, Göttingen,  
Göppingen, Heidenheim, Heilbronn, Kottbus, Ludwigsburg,  
Möckmühl, Ravensburg, Reutlingen, Schramberg, Sigmaringen,  
Stuttgart, Tübingen, Ulm. Ueber den Durchschnitt erhoben  
sich Donaueschingen und Friedrichshafen; ersteres infolge  
des großen Brandes, letzteres infolge der Errichtung der  
Zeppelinwerke. Hinter dem Durchschnitt zurück blieb die  
Bautätigkeit in Balingen, Hornberg, Dehringen, Schwem-  
ningen, Ruttlingen, Trüben, Wiblingen, obwohl auch  
mehrerer von diesen wie in andern hier nicht genannten  
Orten eine Besserung gegenüber den vergangenen Jahren  
zu konstatieren ist. Auch auf dem platten Lande war die  
Bautätigkeit, namentlich im Frühjahr, rege. Die staatliche  
Beteiligung am Bauwesen ist im allgemeinen stabil, da  
die dafür aufzubringenden Mittel dem Staatshaushalt  
angepaßt werden müssen. Auch die Gemeinden haben  
durch Erstellung von Schul- und Radhäusern usw. ziemlich  
viel zur Belebung des Bauwesens beigetragen. Die Stadt  
Stuttgart besitzt ein Wohnungszamt, das regelmäßige  
Wohnungsberichte veröffentlicht. Danach betrug die Zahl  
der vermieteten Wohnungen ohne und mit gewerblichen  
Räumen am 1. Oktober 1909 1328, davon sofort beziehbare  
1144, am 1. Oktober 1908: 949, davon sofort beziehbare 796.

am 1. Oktober 1907 884, davon sofort beziehbar 826, am 1. Oktober 1906 1263, davon sofort beziehbar 1086. Da sich die Bevölkerung Stuttgart nicht vermindert, sondern im Gegenteil vermehrt hat, so geht aus dieser Statistik hervor, daß die Privatbautätigkeit in Stuttgart im Jahre 1909 lebhaft war. Dies Ergebnis stimmt auch überein mit einer andern Aufstellung, wonach an Neubauten und größeren Umbauten am 1. Juni 1909 von denselben Personen 834 gezählt wurden, die am 1. Juni 1908 nur 209 solcher Baupläne feststellen konnten. Die Ausschichten für 1910 sind nicht schlecht. Die Berichte aus Handel und Gewerbe geben fast alle der Auffassung Raum, daß der Krisis als überwunden zu betrachten ist und daß die gesamte gewerbliche und industrielle Leben einem ruhigeren, sichereren Aufschwünge entgegengeht. An diesem Aufstiege wird auch das Baugewerbe seinen guten Anteil haben.

### Gewerkschaftliches.

Die Singer-Nähmaschine, hergestellt seit Jahren in Deutschland betrieben durch die amerikanische The Singer Manufacturing Co., erfreut sich auch in Arbeiterfamilien großer Beliebtheit. Es dürfte daher zugehen, etwas Näheres über die Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe zu erfahren. Durch die Folgeerhebung beantragt, errichtete die The Singer Manufacturing Co. vor einigen Jahren in Wittenberge, Bezirk Potsdam, einen modernen Großbetrieb für Deutschland, der auch in bezug auf die kapitalistische Ausbeutung im wahren Sinne des Wortes modern ist, verfährt man doch in bezug auf die Behandlung und Bezahlung der Arbeiter fast nichts von einem modernen Zug der Zeit. Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden, Sonnabends wird nach gewöhnlichem Maß bis 2 Uhr bursch gearbeitet. Die Arbeiter müssen fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit das Fabriktorp passieren haben, andernfalls sie auf einen halben Tag ausgepfändert werden. Das gleiche gilt nach Ablauf der auf eine Stunde festgesetzten Mittagspause, so daß von dieser Pause der Arbeiter tatsächlich nur 55 Minuten zur Verfügung stehen. Frühstück und Vesperpausen gibt es nicht. Die zur Einzahlung der Waagen eingerichteten Pfeiseflässe dürfen bis vor kurzem von den Angehörigen der Arbeiter nicht betreten werden, weil, wie die Direktion behauptet, zuviel geschloffen worden sei. Arbeiter, denen ihre Mittelgassen von ihren Angehörigen gebracht wurde, mußten entweder auf gemeinschaftliche Waagen mit diesen bezugs haben oder es in Cassiergraben einnehmen. Außerdem hat man zwei Pfeiseflässe freigegeben. Durch Zahlung von Geldstrafen hat es die Fabrikleitung verstanden, die Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit anzuheizen und hat dann nach den Höchstleistungen die Arbeitsfreie festgelegt. Wie raffiniert dabei vorgegangen wird, möge nachfolgendes Beispiel bezeugen: In einer Abteilung mußten bei einem Stundenlohn von 40 s 84 Maschinen pro Woche justiert werden. Für jede Maschine, die der einzelne Arbeiter über das Pensum justiert, erhält er 5 s Prämie. Die Maschine kostet, wenn nur das Pensum gemacht wird, bei 40 s Stundenlohn 27 s pro Stück; jede weitere Maschine, die über das Pensum gemacht wird, dagegen nur 5 s pro Stück. Ganz hier ein feines Geschäft für die Firma. Nebenbei wird es in den anderen Abteilungen gehandhabt. Die Knechtengestellten erhalten 35 bis 50 pzt. geringere Akkordpreise als die Arbeiter, die die Firma von Hamburg mitgebracht hat. Stundenlohn von 30 s für gelehrte Arbeiter sind gar nicht selten. Für Arbeiter, die im Akkord arbeiten oder einmal Gelegenheit haben, im Akkord beschäftigt zu werden, ist der Stundenlohn mit Ausnahme zweier Abteilungen grundlegend auf 32 s festgesetzt. Wer also nur einige Stunden in der Woche Akkord arbeitet, kann für die übrige Zeit, die er in Stundenlohn arbeitet, nur 32 s pro Stunde beanspruchen. Das ist Prinzip, sagen die Herren Direktoren. Nach Auslassung eines dieser Herren, eines Engländers, soll das für die deutschen Arbeiter gelten sein. Wer dafür nicht arbeiten kann, soll sich bessere Arbeit suchen, die Leistungen der deutschen Arbeiter seien noch lange nicht ausreichend, die müssen erst arbeiten lernen. — Irrendenweise Organisation oder Vertretung der Arbeiterschaft können oder wollen die Direktoren nicht anerkennen. Jeder muß sich allein vertreten. Auch in Patrioticism machen die Herren sehr gern. Sie ordnen an: Kaiser's Geburtstag wird nicht gearbeitet, aber an Verählung des württembergischen Feiertages denken sie nicht. Die Gewerkschaften erfahren für sie nicht. Wir brauchen keine Gewerkschaften, unsere Gesetze machen wir allein. Das ist der Standpunkt der Direktion, die allerdings nicht nur die deutschen, sondern auch die amerikanischen Arbeiter als Feind betrachtet. Dies möge für heute genügen.

Die Zentralisation der englischen Gewerkschaften macht rasche Fortschritte. Ende 1907 wurden dem englischen Arbeitssamte 2406 746 Mitglieder in nicht weniger als 1173 selbständigen Gewerkschaften gezählt. Dies entspricht auf den ersten Blick als eine grenzenlose Zerschmetterung, doch sind alle diese Gewerkschaften, abgesehen von ganz unbedeutenden Ausnahmen, wiederum größeren Landes-, Industrie- oder Berufszentralen angeschlossen. Solcher Verbände der Verbände gab es Ende 1907 insgesamt 106 mit 2 800 000 Mitgliedern. (Wände Gewerkschaften gehören mehreren Gewerkschaftsverbänden zugleich an.) Dies bedeutet eine Zunahme von 900 000 Mitgliedern seit 1904, während die Mitgliederzunahme aller bestehenden Gewerkschaften im gleichen Zeitraum nur 600 000 betrug, so daß sich also mindestens noch 400 000 von den schon früher gewerkschaftlich Organisierten zu größeren Verbänden zusammengeschlossen. So wurden derartige Gewerkschaftsverbände in den letzten drei Jahren neu gegründet in der Textilindustrie, Metallindustrie, Holzindustrie sowie für Formner, Handelsangestellte und ungelernete Arbeiter. Diese sechs Zentralorganisationen zählen fast eine halbe Million Mitglieder. Die größten Organisationen sind jedoch die Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter (1 600 000 Mitglieder), der Maschinenbauer und Schiffbauern (820 000 Mitglieder) sowie die General Federation of Trade Unions. Diese letztere Organisation stellt die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale Englands dar, wenigstens ihre Hauptzwecke zurzeit die Gegenfeitigkeitsversicherung der angeschlossenen Organisationen gegen Streiks und Ausperrungen ist. Sie zählte an Mitgliedern Ende 1904 400 000, Ende 1907 600 000 und Ende 1908 über 700 000. Dem internationalen Sekretariat der ge-

werkschaftlichen Landeszentralen (Berlin) gehört nur diese Organisation an, doch unterhalten auch manche andere Verbände ständige Verbindungen mit den Gewerkschaften des Auslandes.

### Soziales.

Der Jahresarbeitsverdienst der Bauhandwerker. Für die Berechnung der Unfallrenten ist die Ermittlung des richtigen Jahresarbeitsverdienstes von der größten Bedeutung. Von einer ganzen Anzahl von Berufsgenossenschaften und speziell im Baugewerbe wird der Verdienst in einer sehr schematischen Weise ermittelt. Zwar ist in solchen Fällen, in denen der Berufsgenosse ein ganzes Jahr vor dem Unfall ununterbrochen in der gleichen Arbeitseinstellung beschäftigt war oder doch ein gleiches das ganze Jahr beschäftigter Nebenarbeiter vorhanden ist, die Berechnung sehr einfach, da hier nur der Verdienst des Verletzten oder des Nebenarbeiters genommen zu werden braucht. Es ist dies aber nicht die Regel, sondern die Ausnahme, da im Baugewerbe wegen der Witterungsverhältnisse und aus anderen Gründen ein ständiges Arbeitsverhältnis das ganze Jahr hindurch kaum anzutreffen ist. Nun enthält § 10 Abs. 2 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes die Anrechnung einer höheren oder niedrigeren Zahl von Arbeitstagen, wenn die übliche Betriebsweise des Betriebes mehr oder weniger als 300 Arbeitstage pro Jahr ergibt. Auf Grund dieser Bestimmung ist es bei vielen Berufsgenossenschaften üblich, statt der 300 Tage nur 250 oder 280 Tage pro Jahr zu rechnen; ja, einzelne finden für Gegenden mit besonders rauhem Klima noch weniger Arbeitstage pro Jahr heraus, so auf dem Schwarzwald nur 220. Von den Schiedsgerichten wird dieser Praxis nicht immer mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten, so daß sich für die Verletzten eine erhebliche Schädigung ergeben kann. In einem solchen Fall, der kürzlich vor dem Schiedsgericht Konstanz zur Verhandlung stand, erhob der zwar das Gericht den auf M. 699 festgesetzten Verdienst um einige Mark, war aber nicht zu bewegen, statt der nun angerechneten 220 Tage eine höhere Zahl anzunehmen, obwohl der Beweis angeboten wurde, daß auch auf dem höchsten Schwarzwald im Baugewerbe mehr als 280 Tage gearbeitet wird. Erst in der Refursuminstanz vor dem Reichsversicherungsamt gelang es, die richtige Berechnung durchzusetzen und den Jahresarbeitsverdienst auf M. 981 zu erhöhen, somit ein Drittel mehr zur Anrechnung zu bringen. Von den Berufsgenossenschaften und einzelnen Schiedsgerichten wird nämlich übersehen, daß nach mehrfachen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes die Bestimmung von der Anrechnung einer niedrigeren Zahl von Arbeitstagen als 300 nur dann gestattet ist, wenn der Arbeiter tatsächlich ein ganzes Jahr lang seine Arbeitskraft nur dem Betriebe zur Verfügung gestellt hat. Nur wenn die Arbeitskraft im wesentlichen voll in Anspruch genommen wird, so daß der im Betrieb erzielte Verdienst auch im wesentlichen dem gesamten wirtlichen Jahresarbeitsverdienst darstellt, kann eine niedrigere Zahl als 300 zur Anrechnung kommen. In vorliegenden Fall trat das nicht zu, was sich aus den folgenden Ausführungen der ergangenen Urteile vom Reichsversicherungsamt ergibt:

Der Kläger wird als Tagelöhner bezeichnet; bei dieser wirtlichen Stellung ist es unwahrscheinlich, daß 220 Arbeitstage oder volle Tagesbeschäftigung für ihn darstellten; vielmehr ist anzunehmen, daß er neben diesen Arbeiten noch in einem ins Gewicht fallenden Umfange arbeitswertiger Beschäftigung nachgegangen ist. In dieser Beziehung sind noch Ermittlungen anzustellen. Ergeben sie, daß von einer vollen Beschäftigung im Unfallbetriebe keine Rede sein kann, so wird der dreihundertfache Betrag des durchschnittlichen Arbeitseinkommens zugrunde zu legen sein, den der Kläger während des Jahres vor dem Unfall an denselben Tagen verdient hat, an den er überhaupt beschäftigt war.

Die Sache wurde an das Schiedsgericht zurückverwiesen. Es stellte sich heraus, daß der Verletzte in Unfallbetriebe nur kurze Zeit zusammen aber in einigen Arbeitstagen etwa 280 Tage gearbeitet hatte. Aus den verbleibenden Verdiensten ergab sich ein Durchschnittslohn von M. 8,27, der auf 300 Tage umgerechnet, einen Jahresarbeitsverdienst von M. 981 ergab. Den im Baugewerbe, wenn auch nur vorübergehend, beschäftigten Arbeitern ist somit bringend zu rathen, darauf zu achten, daß ihnen bei etwaigen Unfällen nicht ein beliebiges Durchschnittsverdienst angedreht wird, sondern daß im Sinne dieser Ausführungen und entsprechend den Anweisungen des Reichsversicherungsamtes auch tatsächlich der ganze Verdienst des Jahres vor dem Unfall erzielt wird, sollte auch die Berechnung aus einer ganzen Anzahl von Arbeitstagen zu erfolgen haben. Es wird sich eine zu große Differenz aus in vorliegenden Fall nicht immer ergeben; aber auch eine geringe Differenz bedeutet eine Verachtlichung des Arbeiters. R. F.

### Soziale Rechtsprechung.

Dieser Tage ist dem Reichstage der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1909 vorgegangen. Als Vertreter der Unternehmer und Versicherten sowie als deren Stellvertreter gehörten dem Amte zusammen 264 Mitglieder an. Gegen Unfall waren über 27,1 Millionen Personen versichert. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 668 376, die der erstmalig entschädigten oder nur 196 441. Hieraus ergibt sich, daß nur die wenigsten Unfälle entschädigt werden. Die verausgabten Entschädigungen (Renten usw.) betragen im Berichtsjahre nach den vorläufigen Ermittlungen M. 162 249 432. Ueber die Rechtsprechung entnehmen wir dem Berichte folgendes:

#### a) Unfallversicherung.

In zahlreichen Fällen war zu beurteilen, ob ein Vertriebsunfall, ein Unfall „bei dem Betriebe“ usw. vorlag. Ebenfalls bezogen sich mehrere Entscheidungen auf „Unfälle des täglichen Lebens“. In einer Refursuminstanz wurde der Unfall eines Chauffeurs einer Motoromnibusgesellschaft, der, während er in der Nähe seines Wagens an der Endstation der Linie wartete, von einer verirrten Kugel getroffen wurde, als Vertriebsunfall anerkannt. In einer andern Entscheidung ist dem Reichsmilitärismus die Entschädigungspflicht für den Unfall eines landwirtschaftlichen Arbeiters bei Vorpannleistungen während eines Wanders aufserlegt worden. Dabei wurde ausgeführt,

daß der Arbeiter in den Betrieb der Geresverwaltung eingetreten sei; denn der das Gehlpan stellende Unternehmer handle nicht auf Grund eines freien Entschlusses, sondern nur unter dem Zwange einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung. Im Anschluß an ein grundsätzliches Oberurteil ist angenommen worden, daß bei Beurteilung der Entstehung einer Wandernere ähnliche Grundfälle gelten wie bei der Beurteilung von Reistrenten, oder noch besser, daß es in solchen Fällen so leicht keine Rente gibt. Schulpflichtige Kinder können in der Regel nicht als „hauptsächlich in der Land- oder Forstwirtschaft beschäftigt“ gelten. Hingewiesen wurde hierbei auf den § 2 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, wonach sich die Versicherung auch auf hauswirtschaftliche Einrichtungen und andere Dienste erstreckt, zu denen die auf Grund des Gesetzes versicherten Personen, die hauptsächlich in der Land- oder Forstwirtschaft oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden, von dem Unternehmer oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Unzulässig dagegen ein schulpflichtiges Kind bei einer andern landwirtschaftlichen Arbeit, so ist ohne weiteres Rente zu zahlen, sofern es sich um eine ernjke Beschäftigung handelt. Bezüglich Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes wurde festgestellt, daß auch bei Bemessung der sogenannten Hilfsloferrente der M. 1500 übersteigende Teil des Jahresarbeitsverdienstes nur mit einem Drittel anzulegen sei. Für die vor dem Unfälle bereits teilweise erwerbunfähig und durch den Unfall hilflos gewordenen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter besteht die Hilfsloferrente in einem Zuschusse bis zu einem Drittel des vollen Arbeitsverdienstes. Eine größere Anzahl grundgebender Entscheidungen betraf die Auslegung des § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes — Veränderung der Verhältnisse infolge Besserung oder Gewöhnung. Befanlich spielt der Begriff „Gewöhnung“ jetzt bei der Kürzung oder Entziehung der Rente eine große Rolle. Leider fast immer zum Schaden der Verletzten.

Im Jahre 1909 wurden von den Berufsgenossenschaften insgesamt 422 076 berufsunfähige Bescheide erteilt. Die Gesamtzahl der bei den 124 bestehenden Schiedsgerichten für Arbeiterverletzungen anhängig gewordenen Streitigkeiten belief sich auf 115 607, und zwar 76 352 Berufungen und 39 255 Anträge. Von den Streitigkeiten wurden durch Entscheidung der Schiedsgerichte erledigt zugunsten der Versicherten 20 517 = 17,80 vom Hundert, zugunsten der Verletzungssträger (Berufsgenossenschaften) dagegen 83 781 = 72,68 vom Hundert. Vor dem Reichsversicherungsamt hatten die Refurze in 16,7 vom Hundert, die der Berufsgenossenschaften jedoch in 52,2 vom Hundert Erfolg.

#### b) Invalidenversicherung.

Die Zahl der am 1. Januar 1910 noch laufenden Renten betrug 1 014 449, und zwar 893 685 Invaliden-, 115 602 Kranken- und 105 362 Altersrenten. Die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung betragen im Jahre 1909 einschließlich des Reichszuschusses (pro Rente M. 50) etwa 190 Millionen Mark. Die Einnahme aus Beiträgen wird pro 1909 auf etwa 187 Millionen Mark geschätzt. Das Vermögen sämtlicher Versicherungsanstalten beträgt etwa 1575 Millionen Mark. Beitragserstattungen fanden in 2408 312 Fällen statt. Die Ausgaben für das Heilverfahren sollen von Jahr zu Jahr zunehmen, ebenso wird der Invalidenhaushalt eine erhöhte Aufmerksamkeit gefordert. Im Jahre 1909 wurden insgesamt 2828 Personen, darunter 748 unheilbare Lungentuberkulose, in Invalidenhäusern, Siechen- oder Krankenhäusern usw. verpflegt. Eigene Invalidenheime besitzen erst 9 Versicherungsanstalten. Für das Arbeiterwohnungsweesen, für die Errichtung von Rentengärten, zum Bau von Kranken- und Genußhäusern usw. wurden entsprechende Summen zur Verfügung gestellt.

Bei der Rechtsprechung kam mehrfach die Frage, wer als Hausgewerbetreibender oder als Heimarbeiter anzusehen sei, zur Entscheidung. In den ersten wurde gerechnet eine Hofraumgröße, die diese Beschäftigung in ihrer Wohnung für zwei Firmen ausbiete, sowie ein Schneider, der ebenfalls in seiner Wohnung für ein Herrengarderobengeschäft Fadettis anfertigte, und außerdem eine Wirteneinzieherin, der in der Wohnung die Ausführung der ihr übertragenen Arbeiten nicht gemacht waren. Als „Arbeitsgeber“ einer Weinmaderin, die zur Reinigung der Unterfunks- und Schlaraffen der Arbeiter auf einer Ziegelei von den Ziegeleimeistern angenommen und deren Entgelt von den Arbeitern eingezogen war, wurden nicht diese, sondern der Betriebsunternehmer angesehen. Begründend wurde hierzu ausgeführt, daß die Ziegeleimeister bei Annahme der Frau lediglich in Erfüllung einer Obliegenheit des Betriebsunternehmers gehandelt hätten. Vielfach drehte sich die Frage darum, ob bereits Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgejetzes eingetreten oder ob dieselbe wieder behoben war. Befanlich wird Invalidität erst angenommen, wenn Erwerbsunfähigkeit um mindestens zwei Drittel = 66 2/3 pzt. eingetreten ist. In den Besten von 19 Versicherungsanstalten hat bis jetzt eine Refursuminstanz die Entscheidung der Rentenempfänger stattgefunden. Diese Untersuchungen hatten in mehr oder weniger Fällen die Entziehungen der Rente zur Folge. Günstig war auch die Erfüllung der Wartezeit freitritt. Bei Bewilligung der Invalidenrente wurde eine landwirtschaftliche Arbeiterin, die zwar körperlich vollkommen rüftig ist, aber an Gesichtslupus leidet und ihres abjehrenden Aussehens wegen keine Arbeitsstelle findet, als erwerbsunfähig angesehen. Von der Arbeit unter Fremden war sie ausgeschlossen, eine versicherungspflichtige hausgewerbliche Tätigkeit kam für sie nicht in Frage. Dagegen wurde ein jüngerer Mann, der den linken Unterarm und ein Drittel des linken Oberarms verloren hatte und sonst gesund war, noch nicht als invalide betrachtet. Trotzdem zahlreiche Bescheidungen von Industriellen und Gemeindevorsteher, die einen Wohnort und dessen nächster Umgegend beigebacht wurden, daß für ihn in dieser Gegend keine Arbeit zu finden sei, wurde er auf den vielgestaltigen Arbeitsmarkt einer benachbarten Großstadt verwiesen. Als ob in den Großstädten nicht schon genügend Arbeitslose mit gefundenen Stiefeln auf Arbeit warteten!

Von den im Jahre 1909 erteilten 180 424 Entscheidungen sind 93,5 v. H. Sozialversicherungs- und 65 v. H. Altersrentenentscheidungen. In Invaliden- und Altersrentenentscheidungen wurden im Berichtsjahre 28 831 Berufungen anhängig gemacht. Daran wurden 25 023 durch Urteile der Schiedsgerichte erledigt, und zwar 4682 = 18,7 v. H. zugunsten der Versicherten und 20 341 = 81,3 v. H. zugunsten der Versicherungsanstalten. Revisionen wurden vor dem Reichsversicherungsamt 5990 erledigt. Die Schiedsgerichtsurteile wurden in 80,97 v. H. der Fälle bestätigt, in 3,73 v. H. völlig oder teilweise abgeändert und in 15,30 v. H. unter Zurückweisung der Sache an das Schiedsgericht oder den Versicherungsträger aufgehoben. Somit haben sowohl vor den Schiedsgerichten wie auch vor dem Reichsversicherungsamt die Versicherungsträger erheblich besser als die Versicherten abgemittelt. Dasselbe trifft auch auf die Rechtsprechung bei der Unfallversicherung zu.

c) Unfallverhütung, Überwachung der Betriebe.

Bei einer Reihe von Berufsgeheimnissen wurden die Unfallverhütungsvorschriften erweitert und neu genehmigt. Bei Verwendung offener Kofschneidemaschinen genügt es vom unsachlichen Standpunkt aus, wenn neben den Vorschriften für Räume, in denen offene Kofschneidemaschinen, noch bestimmt wird, daß solche Räume mit der Außenluft ausgiebig in Verbindung zu setzen sind. Nach wie vor wickeln die Reichsversicherungsämter darauf hin, daß in neue Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen gegen den Alkoholmissbrauch aufgenommen oder erweitert werden. Bei 62 von 66 gewerblichen Berufsgeheimnissen waren zur Erweiterung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften 32 Personen im technischen Aufsichtsdienst tätig; bei den 12 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgeheimnissen 37. Nach den Jahresberichten der 62 gewerblichen Berufsgeheimnissen haben die technischen Aufsichtsberechtigten im Jahre 1909 von 686 356 Betrieben nur 190 232 revidieren können. Das zeigt treffend die ganze Ungültigkeit der Aufsicht.

Polizei und Gerichte.

**Forstheim.** Am 28. Februar brachte der Abgeordnete Stodinger (S.D.) im badischen Landtage die Geldentlastung der Forstheimer Polizei während des vorjährigen Maurerstreiks zur Sprache, wobei er gleichzeitig die Tätigkeit der Gerichte mitteilt und die Erwartung ausspricht, daß von der Regierung nicht alles gebilligt werde, was die ihr unterstellten Organe während des Streiks getan hätten. Jedoch der Minister von und zu Wodmann trat auf wie alle Minister eines Ministeriums. Er dachte nämlich alles, was seine Beamten getan hatten, mit seiner Person und sagte schließlich wörtlich: „Ich ermangele nicht, bei dieser Gelegenheit der Schutzmannschaft Forstheims meine volle Anerkennung für ihr Verhalten auszusprechen.“ Er teilte mit, daß 148 Fälle, wo sich Arbeiter gegen die Strafgesetze vergriffen, zur gerichtlichen Anzeige gekommen seien. Davon erfolgte in 115 Fällen die Verurteilung zu Gefängnis- oder Geldstrafen, neun Angeklagte wurden freigesprochen, in 17 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, und sieben Fälle waren im Januar d. J. noch nicht erledigt. Politische Anzeigen erfolgten in 90 Fällen, wozu zu erheben ist, daß die Unternehmer und die Spießer die Tätigkeit der Polizei kräftig ergänzt haben. Von unsern Kollegen erhielten 50 in 79 Fällen eine Gesamtfreiheitsstrafe von 1068 Tagen, drei wurden freigesprochen, und bei sechs wurde das Verfahren eingestellt. In 35 Fällen erhielten 24 Kollegen Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 4 353, eine Anklage gegen vier Kollegen ist noch nicht abgeschlossen. Polizei und Gerichte haben also im „Musterlande“ ihre „Pflicht“ getan, wofür ihnen der Dank der Unternehmer sicher ist.

Verschiedenes.

\* **Zitternde Schnapsbrenner.** In der Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten, die kürzlich aus Anlaß der großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin stattfand, wurde über den Rückgang des Feinbrandweinsverbrauchs schlafe Klage erhoben. Der Referent, Geh. Rat Debrüß, verfuhr zwar, diesen Rückgang als eine direkte Folge des neuen Steuergesetzes hinzustellen, die durch den sozialdemokratischen Brandweinbottel nicht beeinflusst sei, konnte sich aber doch nicht enthalten, im weiteren Laufe seines Referats diesen Schmerzschrei auszusprechen: „Anderes (als die Mäßigkeitsbewegung) ist die Tätigkeit der international organisierten fanatischen Abstinenzbewegung aufzuweisen. Dem gefunden Menschen den mäßigen Genuß hygienisch einwandfreier Alkoholgetränke einzuräumen zu wollen, ist eine abzuweisende Forderung, gegen die die Abwehr mit allen Mitteln geboten ist.“ — Ein zweiter Redner, Herr Hans Ederer zu Puffsch, führte aus: „Er zittere jedesmal, wenn das Brennereigewerbe vor den Reichstag geladen werde. Die politischen Kämpfe um das Brennereigewerbe werden ja auch in Zukunft nicht ausbleiben. Die Freunde des Brennereigewerbes in den verschiedensten Parteien, vor allem die konservativen, haben dafür gesorgt, daß die Belastung für uns nicht zu groß geworden und möglichst schonend verfahren worden ist.“ — Vielleicht sorgen die konservativen Gönner des zitternden Schnapsbrennereigewerbes für ein kleines Ausnahmengesetz gegen die sozialdemokratischen Abstinenzfanatiker! Oder wenn das nicht geht, wie wäre es, wenn man den Schnapskonsum förderte, indem man die schnapsbeschränkenden Musterpreußen unter die geborenen Wähler der preussischen Wahlrechtsortlage aufnahm! Irgebtwie muß den abeligen Volksgewählern doch wieder auf die Strümpfe geholfen werden! — Einf-

weilen, solange das Mittel dazu nicht gefunden ist, werden die Arbeiter fortfahren, den Brandweinbottel auszuüben und ihn, wenn möglich, noch verschärfen. Wer Brandwein trinkt, gefährdet sich und seine Familie und mäßigt mit seinen vergewaltigten Großvater die infamsten Feinde des Volkes.

\* **Arbeiterorganisationen und Alkoholgenuß.** Der (wenn auch nur moralische) Trinkwahn in den Versammlungen ist ein freies Leben, ein Körper der Arbeiter. Mit Freuden ist daher jede Tat zu begrüßen, die diesem Uebel freuet. Die Verwaltungsstelle H. e. s. b. u. des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat vor kurzem einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Auf den Einladungszetteln zu den Versammlungen heißt es: „Da Lokalmiete gezahlt wird, ist kein Mitglied verpflichtet, etwas zu bezahlen. Während der Verhandlungen wird nicht gekostet.“ — In Stuttgart sind mehrere Gewerkschaften, darunter ebenfalls die der Metallarbeiter, die größte am Orte, zu demselben System übergegangen.

Wofür ist der Alkohol auf?

Der Alkohol ist auf, — die Leute zu verderben, Bringt lustiges Leben, — führt früh zum Sterben, Gibt manchen Prok, — Millionen den Tod, Schafft viele Feinde, — die werden zu Teufeln, Er weckt den Mut, — daß man Böses tut, Er stärkt den Magen, — nichts zu vertragen, Er wärmt im Winter, — daß viele erkranken, Dient in der Wirtschaft, — zum Ruinieren, Gibt Kraft dem Trinker, — bis zum Unfallen, Macht beherzt zum Reden, um Unsum zu lassen, Er fördert im Handel, — um zu betriegen, Es loben ihn viele, — sie alle aber fluchen.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)  
 „Die Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 24 des 28. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25 M.  
 „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 12 des 20. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 M.  
 „Der Wahre Jakob“, Sozialdemokratisches Mitteil. Nr. 6 des 27. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 M.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn diesporto beigelegt ist.)  
 A. S., Köln. Wenn italienische Kollegen behaupteten, der „Operaio“ hätte nicht über die Beitragsverhöhung berichtet, so haben sie geirrt. Der „Operaio“ hat sowohl in seinem Verbandsratsbericht wie in einer späteren Notiz ausdrücklich auf die Beitragsverhöhung hingewiesen.  
 A. H., Nürnberg. Daran haben wir keine Schuld, denn wir haben die Mitteilung nicht erhalten. Erst jetzt haben wir sie aus den Vorstandsakten herausgeholt und abgedruckt. In Zukunft bitten wir, zur Veröffentlichung bestimmte Mitteilungen an die Redaktion zu senden.  
 Kalender. Der Zweigverein Münster teilt mit, daß er noch im Besitz von 20 Kalendern ist. Wer darauf reflektiert, wolle dies dem Kollegen W. Schleich, Münster i. W., Hoppengasse 12, mitteilen.  
 W. A. in Elm. Du bist im Irrtum; die Erschafaren und -bilder haben besondere Nummern.  
 S. A., Lofficht. Dieses Wert können wir Dir ebenfalls empfehlen.  
 M. A. in Bromberg. Die Organisation für Badofenbauer ist der Zentralverband der Maurer; eine besondere Organisation für diese gibt es nicht. Eine Zeitung für Badofenbauer ist uns ebenfalls nicht bekannt.  
 Erlaut. G. Heute Wählende zu kritisieren, die vor mehr als einem halben Jahre bestanden haben, ist doch zwecklos. Wenn die Arbeit fertig ist, läßt sich nichts mehr ändern.  
 Waldenburg, F. Siehe Nr. 9 des „Grundstein“, Seite 100.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.  
**Karl Prella**, der am 5. Oktober 1909 in Hannover in der Gastwirtschaft Mieling, Neuenstraße, Ecke Inselstraße, bestohlen wurde, wird erlucht, seine Adresse schriftlich an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, da der Dieb ermittelt ist.  
 [M. 1,80] Fr. Meissner, Hannover, Langstr. 2.  
**Karl Ernst Glaser**, geboren 1880 zu Kroskau, geboren 22. Juni 1889, wird wegen Unterschlagung gesucht. Wer seinen Aufenthalt weiß, wird gebeten, seine Adresse an den Zweigverein Dresden gelangen zu lassen.  
**Joh. Daniel Nothdurft**, Verb.-Nr. 369 043, geboren 22. Juni 1889 zu Radejewo, wird gesucht. Wer den Aufenthalt des Genannten kennt, wolle dies an **Hilrich Mecklenburg**, Altlofer 6, Burgtheater, Holzweg 179, mitteilen. [1,80]  
 Der Vorstand des Zweigvereins Buxtehude.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile sollt 16 A.)

**Mugsburg.** Am 13. März starb plötzlich unser Kollege **Johann Pauler** im Alter von 29 Jahren.  
**Saywitz.** Am 9. März starb unser treuer Kollege **Adam Hamon** im Alter von 80 Jahren an der Proletarierkrankheit.  
**Binslan.** Am 6. März starb unser Kollege **Paul Geisler** im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Dresden.** Am 3. März starb unser Kollege **Otto Bruno Zimmer** aus Dorschain im Alter von 84 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 11. März starb unser Mitglied **August Bährisch** im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Göttingen.** Am 11. März starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Heiligenstadt** im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Kiel.** Am 7. März starb unser Ehrenmitglied **H. Wulf** im Alter von 76 Jahren.  
**Cöln.** Am 1. März starb unser Verbandsmitglied **Hermann Metzner** aus Roggow im Alter von 20 Jahren an Schwindsucht.  
**Starkruhe.** Zahlstelle Göttingen. Am 11. März starb unser treuer Verbandskollege **August Fr. Walter** im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Mainz.** Zahlstelle Weisenau. Am 12. März starb unser Kollege **Heinrich Windisch** im Alter von 62 Jahren an Schlaganfall.  
**Minden i. W.** Am 10. März starb unser langjähriges Mitglied **Gottl. Müller** aus Todenhausen im Alter von 82 Jahren an Kehlkopfentzündung.  
**Reichsfain.** Am 7. März starb unser Verbandskollege **Hermann Schwarz** im 65. Lebensjahre an Schlaganfall.  
**Neustettin.** Am 2. März starb unser Verbandskollege **Bruno Garbrecht** im Alter von 83 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Nürnberg-Fürth.** Am 12. März starb plötzlich und unerwartet unser treuer Kollege **Adam Kuttner** im Alter von 87 Jahren an Nierenleiden.  
 Zahlstelle Magedorf-Kauf an Holz. Am 10. März starb unser treuer und eifriger Verbandskollege **Jakob Quenzler** im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wo es geht, die Interessen der Organisation zu vertreten, stellte er frei und mutig seine ganze Person der ebenen Sache zur Verfügung.  
**Reichsfain.** Zahlstelle Riebeckmühl. Am 5. März starb unser Kollege **Willy Schramm** ganz plötzlich an Herzschlag.  
**Hawisch.** Am 10. März starb unser langjähriges Mitglied **Oswald Waberseck** an Lungenerkrankung.  
**Reichsfain.** Am 8. März starb unser treuer Kollege **Karl Kleggitz** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.  
 Ehre ihrem Andenken!

Adressenänderungen.

(V bedeutet Postkammer, K Kassierer, L Verbandskassier, H Herberge. An Bestimmungswort wird angegeben bei.)  
**Seide.** V Ernst Düb, Reine Straße in Seide.  
**Zentralkassentasse der Maurer usw.**  
**Hilberf.** Die Zahlstelle I (früher bei Großer) befindet sich vom 19. März an im Lokale von Karl Bauer, Kirchhofstr. 13.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.  
**Verbandsveranstaltungen der Maurer.**  
**Sonnabend, den 19. März.**  
**Bergedorf.** Abends 8 Uhr im Lokale Otto Wandt.  
**Sonntag, den 20. März.**  
**Calefeld.** Nachm. 2 Uhr in Seeburg beim Gastwirt Aug. Zenthorf. Referent anwesend.  
**Lübben.** Nachm. 2 Uhr bei Garau. Wägen mitbringen.  
**Strehlen.** Bei Herben, Frontenfeinereise. Z. D. Lohnfrage. Der Gen. Leiter ist anwesend.  
**Dienstag, den 22. März.**  
**Liegnitz.** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
**Mittwoch, den 23. März.**  
**Weisswasser i. d. O.-L.** Abends 7½ Uhr im „Kampfbühnen“. Referent anwesend. Wägen mitbringen.  
**Donnerstag, den 24. März.**  
**Pinneberg.** Abends 8½ Uhr bei Redowall. Wichtig! Frageordnung.  
**Sonntag, den 27. März.**  
**Hintersee.** Nachm. 1 Uhr im „Golfhof zum deutschen Haus“ in Richtenburg.  
**Montag, den 28. März.**  
**Schivelbein.** Nachm. 2 Uhr bei Hofstein. Z. D. Quartalsbericht und Rechnung.  
**Zentralkassentasse der Maurer usw.**  
**Sonntag, den 20. März.**  
**Luckenwalde.** Nachm. 2 Uhr bei Lehmann, Stiftstraße. Posttag.